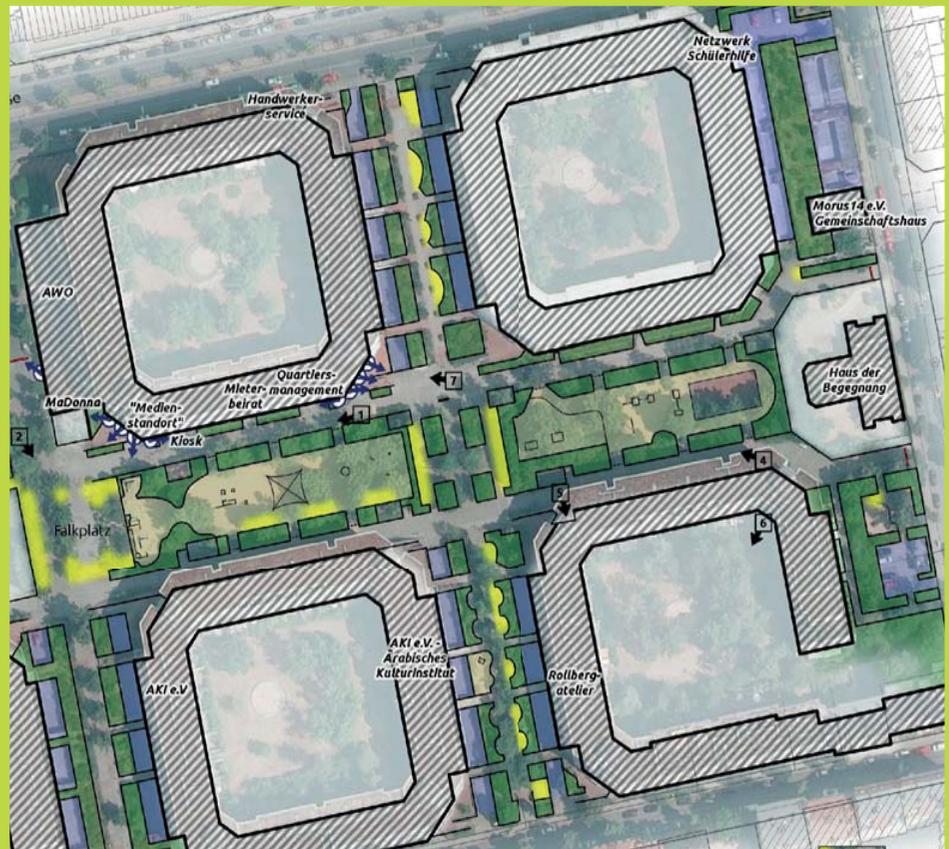


Demokratische Funktionalität öffentlicher Räume

Auswirkungen von Raumproduktion, Normierung und Exklusion auf das „demokratische Potential“ öffentlicher Räume an ausgewählten Beispielen in Berlin



Alexander Seidel

Institut für Geographische Wissenschaften
Freie Universität Berlin

2012

Berliner Geographische Blätter - BGB

**Herausgegeben von
Prof. Dr. Hermann Kreutzmann**

Kontakt

Centre for Development Studies (ZELF)
Institut für Geographische Wissenschaften
Freie Universität Berlin
Malteserstr. 74-100
D-12249 Berlin

h.kreutzmann@fu-berlin.de

Tel: 030 838 70223

Fax: 030 838 70757

BERLINER GEOGRAPHISCHE BLÄTTER

Nr. 4

Demokratische Funktionalität öffentlicher Räume

Auswirkungen von Raumproduktion, Normierung und Exklusion auf das „demokratische Potential“ öffentlicher Räume an ausgewählten Beispielen in Berlin

Alexander Seidel

Centre for Development Studies (ZELF)
Institut für Geographische Wissenschaften
Freie Universität Berlin

2012

Inhaltsverzeichnis

I	Einführung.....	2
1	Von der Aufführung eines Theaterstücks.....	2
2	Das Anliegen dieser Arbeit.....	3
II	Theoretischer Hintergrund.....	3
3	Der öffentliche Raum in den Sozialwissenschaften.....	3
4	Weitere Annäherung.....	5
4.1	Kategorisierung öffentlicher Räume.....	5
4.2	Demokratische Bewertung öffentlicher Räume.....	7
a)	Planung und Verwaltung – Transparenz und Mitbestimmung?.....	8
b)	Regulierung und Nutzung – oder: die Begegnung mit dem „Fremden“?.....	10
c)	Sozialcharakter/Nutzbarkeit – Symbolik und Kommunikation.....	14
III	Empirie – Demokratische Funktionalität ausgewählter Räume.....	16
5	Kurzübersicht über die Untersuchungsgebiete.....	16
5.1	Sony Center am Potsdamer Platz.....	17
5.2	Wohnquartier Rollbergkiez.....	17
5.3	Tempelhofer Park.....	17
6	Methoden und Instrumente.....	18
6.1	Teilnehmende Beobachtung, Fotodokumentation.....	18
6.2	Strukturierter Fragebogen.....	19
6.3	Qualitative Interviews.....	20
7	Ergebnisse.....	20
7.1	Sony Center am Potsdamer Platz.....	20
7.2	Wohnquartier Rollbergkiez.....	26
7.3	Tempelhofer Park.....	32
8	Fazit und Fehlerbetrachtung.....	37
IV	Ausblick.....	38
9	Das Paradigma der demokratisch funktionalen öffentlichen Räume.....	38
V	Anhang.....	40
	Anhang A - Kartierung Sony Center am Potsdamer Platz.....	41
	Anhang B - Kartierung Wohnquartier Rollbergkiez.....	42
	Anhang C - Kartierung Tempelhofer Park.....	43
	Anhang D - Hausordnung des Sony Center am Potsdamer Platz.....	44
	Anhang E - Fragebogen.....	45
	Anhang F - Statistische Auswertungsübersicht der Fragebögen.....	46
VI	Literaturverzeichnis.....	50

I Einführung

1 Von der Aufführung eines Theaterstücks

Öffentlichen Räumen wird eine entscheidende Bedeutung für die Gesellschaft zugesprochen: Sie sind nicht nur „Spiegel der gesellschaftlichen Gesamtkonstellation“ (HOLM 2006: 7), sondern auch Austragungsort der Interessen und Konflikte verschiedener Akteure und Individuen – wobei sie dabei Assoziationen mit einer „Bühne“ (STACHEL 2007: 14, WIEGANDT 2011: 7) bis zum „Schlachtfeld“ (SPRINGER 2011: 526) wecken.

Tatsächlich wurde „der öffentliche Raum“ in seiner Geschichte diesen Beschreibungen gerecht und dabei zur Grundlage der modernen demokratischen Gesellschaft. Unter anderem Jürgen Habermas und Hannah Arendt haben beschrieben, wie sich die Öffentlichkeit durch Teilhabe am öffentlichen Raum der Polis und Agora, dem Raum und Markt der Städte, in der griechischen Antike als „Reich der Freiheit“ aus der Sphäre des Privaten, dem „Reich der Notwendigkeit und Vergänglichkeit“, herausbildete und zur wichtigen Säule der griechischen Demokratie wurde (vgl. ARENDT 1981, HABERMAS 1990). In gewissem Widerspruch dazu waren öffentliche Räume aber auch schon immer Orte der Herrschaft und Exklusion, so dass sich ausgeschlossene Gruppen ihre Teilhabe am und im öffentlichen Raum erkämpfen mussten und bis heute erkämpfen müssen (vgl. VALENTINE 2001: 170 ff.). Öffentliche Räume sind also politisch stark aufgeladen und bilden eine Grundlage gesellschaftlicher Emanzipation - aber inwieweit können sie heute als „demokratisch“ bezeichnet werden?

Eine Antwort auf diese Frage verlangt ein Verständnis der Stadt¹ und Gesellschaft, in die öffentliche Räume eingebettet sind. Schon der Bühnenvergleich zu Beginn zeigt: „Die Stadt, so ließe sich sagen, stellt die Bühne und die Kulisse für ein Theaterstück dar, das vom ökonomischen System verfaßt, vom politischen System inszeniert und von Stadtbürgern aufgeführt wird“ (HÄUSSERMANN/LÄPPLE/SIEBEL 2008: 305). „Wir alle spielen Theater“ (GOFFMAN 2005), aber wer baut das Bühnenbild und gibt Regieanweisungen? Und wer steht auf der Vorderbühne, sitzt im Publikum oder sieht doch nur die Außenmauer des Theaters? Anders könnte auch die Frage gestellt werden: Spielen wir nur Marionetten oder lassen sich die Strippen lösen und wird der Weg frei für das Improvisationstheater?

1 Der Begriff „öffentlicher Raum“ wird in den Sozialwissenschaften eng, nahezu synonym mit „Stadt“ gedacht und verwendet, da seine gesellschaftlichen und politischen Funktionen der sozialen Dichte und Urbanität des städtischen Raumes bedürfen (vgl. DAVID 2011: 24, KLAMT 2012).

2 Das Anliegen dieser Arbeit

Wie bereits dargestellt wohnt „dem öffentlichen Raum“ eine politische und demokratische Funktion inne, die für seine Definition herangezogen wird, die jedoch auch im Widerspruch zu den Verhältnissen in der Realität stehen kann. In den Raum- bzw. Sozialwissenschaften scheint es an Präzisierungen zu fehlen, woran genau sich diese Funktion und ein „demokratisches“ oder „emanzipatorisches“ Potential öffentlicher Räume festmachen und messen lässt.

Diese Arbeit setzt an diesem Punkt an und versucht aus theoretischen Überlegungen heraus Faktoren zu entwickeln, welche die Produktion öffentlicher Räume in verschiedenen Dimensionen beschreiben und eine Bewertung öffentlicher Räume aus einer politischen Perspektive zulassen. Unter Einbeziehung dieser Faktoren und empirischer sozialwissenschaftlicher Methoden werden anschließend drei Teilräume mit öffentlichem Charakter in Berlin auf ihre „demokratische Funktionalität“ untersucht: Das Sony Center am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte, eine Wohnanlage im Rollbergkiez in Neukölln sowie der Tempelhofer Park auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof.

Im Mittelpunkt steht dabei die Fragestellung: Welche Akteure beherrschen die Prozesse der Raumproduktion in öffentlichen Räumen? Dabei soll den Hypothesen nachgegangen werden, ob die Produktion öffentlicher Räume undemokratisch unter Ausschluss bestimmter Akteure, Individuen oder sozialer Gruppen erfolgt und inwieweit der politischen und demokratischen Funktionalität bei der Produktion öffentlicher Räume heute nur eine nachrangige Rolle zukommt.

II Theoretischer Hintergrund

3 Der öffentliche Raum in den Sozialwissenschaften

Spätestens seitdem sich mit dem „spatial turn“ räumliche Betrachtungsweisen auch in den Sozial- und Kulturwissenschaften zu einer zentralen Kategorie entwickelt haben, weicht die „Container-Sichtweise“ der physischen Hülle öffentlicher Räume einer Perspektive der von Menschen belebten und produzierten Räume (vgl. SCHUBERT 2000: 11 ff., LÖW 2001, STACHEL 2007: 13 ff.). „Der von Individuen und Gesellschaft bewohnte Raum ist immer gesellschaftlich und kulturell sinnhaft strukturierte ‚Räumlichkeit‘: Soziale Akteure orientieren sich im Allgemeinen nicht an abstrakten Entfernungs- und Richtungsangaben, sondern an materiellen und symbolischen Markierungen“ (STACHEL 2007: 14).

„Insofern ist der Raum als materielles Produkt zu begreifen, das die Menschen einschließt, über deren soziale Beziehungen und Interaktionen die Formen, die Funktionen und die Bedeutungen

von Raum entstehen“ (SCHUBERT 2005: 175). Darüber hinaus können jedoch alle Produkte sozialen Handelns als raumkonstituierend betrachtet werden, also nicht nur materielle Objekte, sondern beispielsweise auch Normen, Machtverhältnisse oder sinnliche Wahrnehmungen. Martina Löw fasst diese Produkte, also sowohl „primär materielle“ als auch „primär symbolische“, mit dem Begriff der „sozialen Güter“ zusammen und stellt fest: „Raum ist relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern“ (LÖW 2001: 154).

Zu einem „öffentlichen“ Raum wird diese (An)Ordnung dann, wenn jeder Mensch einer Gesellschaft darin Platz finden kann. Das würde nicht nur einen klassischen „Straßenraum“ betreffen, sondern beispielsweise auch ein Café oder virtuelle Räume wie das Internet (vgl. ebd.: 93 ff.). Der Begriff „öffentlicher Raum“ soll sich in dieser Arbeit jedoch ausschließlich auf topographische, öffentlich zugängliche Orte beziehen, wie sie z.B. Straßen oder Parks darstellen; aber auch privatisierte Räume können dazu gehören. Nicht gemeint ist die Gesamtheit der „Öffentlichkeit“ mit ihren Medien, zivilgesellschaftlichen Institutionen oder Einrichtungen.

Öffentliche Räume in diesem topographischen Verständnis sind jedoch wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeit, wobei sich ihre Bedeutung genau so schnell verändert wie die Öffentlichkeit und Gesellschaft selbst. So lassen sich in der Gegenwart, geprägt von einer Vielzahl grundlegender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, verschiedene auf den öffentlichen Raum bezogene Diskurse feststellen, die sich zum Teil widersprechen und konträr gegenüber stehen. Zentral ist dabei die Auseinandersetzung um einen möglichen „Verfall“ öffentlicher Räume, ausgelöst durch einen Funktionsverlust für das klassische öffentliche Leben (vgl. KLAMT 2007: 51 ff.). Häufig wird die antike Vorstellung der Agora oder die bürgerliche Öffentlichkeit auf den Straßen der vergangenen Jahrhunderte romantisiert (vgl. KLAMT 2012: 779). Dabei wird jedoch vergessen, dass öffentliche Räume noch nie Ort einer freien Willensbildung waren, wenn beispielsweise Sklaven, Fremde oder Frauen ausgeschlossen blieben (VALENTINE 2001: 170). Schon immer und bis heute waren und werden Räume von einzelnen politischen oder gesellschaftlichen Strömungen beherrscht. Ein wirklicher „öffentlicher“ Raum hat nie existiert und bleibt Idealvorstellung (GLASZE 2001: 162 f.).

Trotzdem und deshalb ist öffentlicher Raum politisch, denn „Gruppen, die von der Präsenz im ‚öffentlichen Raum‘ ausgeschlossen waren [und werden], forderten [und fordern] mit Bezug auf dieses Ideal ihre Beteiligungsmöglichkeiten“ (ebd.: 163). Dementsprechend wurden öffentliche Räume stets auch aus kritisch-wissenschaftlichem Blickwinkel betrachtet und bestehende Machtasymmetrien benannt. Für die Gegenwart spielen dabei Begriffe wie „Neoliberalisierung“, verbunden mit Privatisierung und Kommerzialisierung der Städte und Räume, eine Rolle (vgl. RONNEBERGER/LANZ/JAHN 1999, GLASZE 2001). In den letzten 15 Jahren kamen verstärkt auch Diskurse rund um die Komplexe Sicherheit und Unsicherheit (vgl. LEGNARO 1998, WEHRHEIM 2002, BELINA 2010) oder auch Gentrifizierung (vgl. Holm 2006) dazu. Unter dem Label „Right to the City“ konstituierte sich schließlich in den letzten Jahrzehnten eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Strömung, die räumliche Partizipation und gesellschaftliche Inklusion verbindet sowie

das emanzipatorische Potential der Stadt und des öffentlichen Raumes einfordert (vgl. MITCHELL 2003, HOLM 2011).

Die Prozesse werden dabei jedoch vor allem in großen gesamtgesellschaftlichen Maßstäben betrachtet und nur wenige konkrete Räume als exemplarische oder umkämpfte Örtlichkeiten herangezogen. Eine spezifische Analyse öffentlicher Räume und ihrer Produktion sowie der dahinter liegenden Prozesse und Paradigmen spielen dagegen nur untergeordnet eine Rolle.

4 Weitere Annäherung

Zur weiteren Annäherung an den komplexen Gegenstand öffentlicher Räume und zur Entwicklung einer Grundlage für ihre empirische Untersuchung sollen im Folgenden Kategorien aufgestellt werden, die eine detaillierte Beschreibung öffentliche Räume und ihrer Produktion zulassen. Aus den Kategorien werden anschließend Faktoren abgeleitet, die eine Bewertung der Funktionalität und Qualität von Räumen insbesondere nach politischen und demokratischen Maßstäben ermöglichen und deren Ausprägungen als „Maßzahlen“ für das „demokratische Potential“ öffentlicher Räume herangezogen werden können.

4.1 Kategorisierung öffentlicher Räume

In der Stadtforschung finden sich verschiedene Typologien und Kategorien zur Klassifizierung öffentlicher Räume, die jeweils auf unterschiedliche Fragestellungen ausgelegt sind. Neben der differenzierenden „Typologie gelebter öffentlicher Stadträume“ nach Herbert SCHUBERT (2000: 55 ff.), die eine Unterscheidung verschiedener Formen und Typen öffentlicher Räume ermöglicht, sind hier vor allem die Kategorisierung des öffentlichen Raums nach Klaus SELLE (2002, zit. nach KLAMT 2007: 45 f.) und die Dimensionen öffentlicher Räume nach Walter SIEBEL (u.a. in HÄUSSERMANN/LÄPPLE/SIEBEL 2008: 301) zu nennen. Diese dienen eher der Beschreibung spezieller Teilräume.

Für die sozialräumliche Betrachtung mit dem Schwerpunkt auf nutzenden und gestaltenden Akteursgruppen und ihren Verhaltensweisen scheint sich in besonderem Maße die Kategorisierung nach Selle zu eignen (Tabelle 1), die von Martin KLAMT bereits für eine empirische Untersuchung der Alltagspraxis der Nutzerinnen und Nutzer angepasst wurde (2007: 40 ff.).

Tabelle 1: Kategorisierung des öffentlichen Raums nach SELLE

Produktion	Wer stellt den Raum her, bezahlt die Herstellung...? Wessen und welche Gestaltungsabsicht wird wirksam?
Eigentum	Wer kann de jure verfügen? Wer ist Eigentümerin oder Eigentümer?
Regulierung/ Nutzung	Wer bestimmt de facto die Nutzbarkeit, zieht Grenzen, selektiert ggfs. die Nutzerinnen und Nutzer, kontrolliert, gewährleistet Sicherheit?
Sozialcharakter/ Nutzbarkeit	Welche Nutzbarkeit vermittelt der konkrete Raum, welche Nutzungshinweise sind abzulesen, welche Gestaltungswirkungen sind zu beobachten? Wie drückt sich das im tatsächlichen Nutzungsverhalten aus?

Entwurf: leicht verändert nach KLAMT (2007: 46, auf Grundlage von SELLE 2002: 38)

Als Grundlage für die in dieser Arbeit angestrebten Untersuchungen ist meines Erachtens jedoch eine weitere Anpassung und Gewichtung der aufgestellten Kategorien notwendig, um einem erweiterten Verständnis sozialer Raumproduktion gerecht zu werden und herauszustellen, „dass das *sozialräumliche Zeichenrepertoire*, die *formalen Raumstrukturen* und die *sozialen Nutzungsmuster* einen kohärenten Zusammenhang bilden“ (SCHUBERT 2005: 178, Hervorhebungen im Original). Die von Selle stark materiell betrachtete Kategorie der „Produktion“ bezieht sich vor allem auf die politisch- und verwaltungsrechtlich-institutionelle „Herstellung“ des Raumes, also auf Aspekte der Planung und Verwaltung öffentlicher Räume. Eine wie von Martin KLAMT vorgenommene Erweiterung dieser Kategorie um die „subjektive mentale und die soziale Reproduktion bzw. Konstruktion von Raum“ (2007: 46) halte ich nicht für zielführend. Stattdessen soll die Kategorie durch Umbenennung in „Planung/Verwaltung“ klar von sozialräumlichen Komplexen abgegrenzt werden, die sich vor allem in der Kategorie der Nutzung und Regulierung wiederfinden. Gefragt wird dabei insbesondere nach Mechanismen sozialer Normierung und Exklusion (vgl. Tabelle 2).

Da Raumplanung und -verwaltung eng an den Eigentumsstatus eines Raumes geknüpft sind und die eigentliche de jure-Dimension darüber hinaus im Gegensatz zur de facto-Dimension sozialer Raumproduktion für die Lebensrealität nur selten eine Rolle spielt (vgl. KLAMT 2007: 46), soll die Frage nach den Eigentumsverhältnissen nicht in einer eigenständigen Kategorie betrachtet werden. Zur Kategorie des Sozialcharakters und der Nutzbarkeit soll ergänzt werden, dass sie ähnlich der „symbolischen Dimension“ nach SIEBEL (vgl. HÄUSSERMANN/LÄPPLE/SIEBEL 2008: 301) den Raum auf seiner semiotischen Ebene erfasst und Fragestellungen zu Kommunikation und Atmosphäre beinhalten soll (vgl. LÖW 2001: 152 ff., 204 ff., SCHUBERT 2005: 181 ff.).

Tabelle 2: Kategorien öffentlicher Räume und ihrer Produktion

Planung/ Verwaltung	Welche Institutionen stellen den Raum her, bezahlen die Herstellung,...? Wessen und welche Gestaltungsabsichten werden wirksam? Wer wird bei der Herstellung auf welche Weise mit einbezogen? Wer kann de jure verfügen und mit welchen Mitteln in den Raum eingreifen?
Regulierung/ Nutzung	Wer bestimmt de facto die Nutzbarkeit, zieht Grenzen, selektiert ggfs. die Nutzerinnen und Nutzer, kontrolliert, gewährleistet Sicherheit? Welche nutzenden Akteursgruppen stellen den Raum auf welche Weise her? In wie weit ist Heterogenität erkennbar und welche Konflikte ergeben sich daraus?
Sozialcharakter/ Nutzbarkeit	Welche Nutzbarkeit vermittelt der konkrete Raum, welche Nutzungshinweise sind abzulesen, welche Gestaltungswirkungen sind zu beobachten? Welche Signale gehen von Objekten im Raum aus? Wie drückt sich das im tatsächlichen Nutzungsverhalten und der Kommunikation der Akteure aus?

Eigener Entwurf auf Grundlage von KLAMT (2007: 46) und SELLE (2002: 38)

Die sich so ergebenden Kategorien beschreiben nun aus drei Perspektiven – einer formal-institutionellen, sozialen und symbolischen Sichtweise – die Produktion öffentlicher Räume. Die Kategorien sind nicht als zueinander scharf abtrennbar zu verstehen, vielmehr ergeben sich zwischen ihnen Unschärfen und wechselseitige Abhängigkeiten. So wirken sich (geplante und hergestellte) architektonische Elemente beispielsweise durch ihre Anordnung oder Semiotik auch auf die Nutzung oder Nutzbarkeit des Raumes aus. Trotzdem ergibt sich mit Hilfe dieser Kategorien die Möglichkeit, öffentliche Räume und ihre Produktion systematisch zu untersuchen und detailliert zu beschreiben.

4.2 Demokratische Bewertung öffentlicher Räume

Wie bereits dargestellt, wird die demokratische Funktionalität häufig als eine entscheidende Größe zur Definition öffentlicher Räume herangezogen: Nicht nur die „öffentliche“ Zugänglichkeit eines Raumes oder die darin stattfindende Kommunikation ist entscheidend, die „gesellschaftliche Bedeutung des ‚öffentlichen Raumes‘ liegt [...] v.a. in der dritten Bedeutungsebene: die Präsenz aller sozialen Gruppen in der Öffentlichkeit und ihre Mitwirkungsmöglichkeit an der politischen Willensbildung als Grundlage einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung“ (GLASZE 2001: 162). Gleichzeitig fehlt es in den Sozialwissenschaften jedoch an Präzisierungen, welche Faktoren genau als Maß für die „demokratische Qualität“ eines Raumes entscheidend sind und die über „alle sozialen Gruppen“ und deren „Mitwirkungsmöglichkeit“ hinaus gehen.

Im Folgenden sollen daher aus den zuvor entwickelten Kategorien öffentlicher Raumproduktion

unter Berücksichtigung aktueller Diskurse Faktoren hergeleitet werden, die als Maßzahl und Bewertungsgrundlage des demokratischen Potentials öffentlicher Räume herangezogen werden können.

a) Planung und Verwaltung – Transparenz und Mitbestimmung?

Die Produktion öffentlicher Räume beginnt lange bevor Menschen in ihnen leben und handeln. Die grundsätzlichen Funktionen, die ein Raum erfüllen soll, seine Struktur und die Anordnung grundlegender materieller Objekte und Grenzen entscheiden sich bereits im Raumplanungsprozess und seiner Umsetzung. Das Thema „Bürgerbeteiligung“ ist dabei in Deutschland spätestens seit den Auseinandersetzungen um Stadtsanierungsmaßnahmen in den 1960er Jahren zu einem festen Bestandteil geworden, genau so aber auch „Filiz“ und „Mauschelei“ (SELLE 1996a: 62).

Demokratische Beteiligung bedeutet nicht, öffentliche Räume institutionell nach den „interpretierten“ Bedürfnissen der Menschen zu gestalten. Auch fängt diese nicht erst an, wenn einzelne Akteure der Öffentlichkeit selbst die Möglichkeit erhalten, an der Gestaltung und Nutzung bestehender Räume mitzuwirken. Vielmehr sind partizipative Ansätze notwendig, die ernsthaft versuchen, Planungsvorhaben für alle Mitglieder der Gesellschaft verständlich zu kommunizieren und die Interessen aller Menschen in einem bestimmten Raum zu ermitteln (vgl. SELLE 1996b). Dazu gehört die Berücksichtigung von Individuen und Gruppen, die ihre Interessen selbst kaum artikulieren können oder die von den Raumplanungsverfahren nicht angesprochen werden. „Planerinnen und Planer erleben also, daß ihre Kommunikationsangebote manche Menschen nicht zur Teilnahme motivieren. Und daraus entsteht nicht selten das Vorurteil, diese Menschen seien ‚doch gar nicht an Beteiligung interessiert.‘ [...] Erst wenn das in Rede stehende Thema Bezug zu den Alltagsproblemen hat, wenn es der individuell wahrgenommenen ‚Rangordnung der Probleme‘ entspricht und wenn das eigene Engagement auch greifbare Wirkungen erwarten läßt, dann wird das Angebot auf Interesse stoßen“ (SELLE 1996c: 167). Ansonsten besteht die Gefahr, dass vermeintlich partizipative Verfahren zu einer Plattform für die Interessen ökonomischer und sozialer Mehrheiten verkommen. Eine direkte Beteiligung verhindert zugleich, dass nicht nur „interpretierte“ materielle Bedürfnisse oder Wünsche, sondern auch die sozialen Lebensrealitäten der Akteure zur Grundlage der Raumgestaltung werden: „Die geschlechtssensitive Planungsforschung hat beispielsweise ermittelt, dass es nicht ausreicht, Frauenaspekte in das Gestaltungsrepertoire der Stadtplanung zu integrieren. Eine frauengerechte Planung beruht vielmehr auf einer Beteiligung von Frauen und weitet dadurch die Raumvorstellung der Planung auf eine erfahrene Räumlichkeit aus“ (SCHUBERT 2000: 24).

Weiterhin besteht in Planungsprozessen stets die Gefahr „pseudodemokratischer“ Verfahren, wobei Mitwirkung bedeutet, „eine grundsätzlich feststehende Planung zu goutieren und durch die Beteiligung zu legitimieren“ (HOLM 2006: 254). Im Zusammenhang mit Stadterneuerung in Berlin

spricht Andrej Holm dabei von „Disziplinierung durch Verfahren“, einem Prozess, bei dem Institutionen und dominierende gesellschaftliche Strömungen der Umsetzung ihrer Vorstellungen von öffentlichem Raum einen demokratischen Charakter verleihen, in dem der Öffentlichkeit der Eindruck der Beteiligung vermittelt wird (vgl. ebd.: 246 ff.). Der „Grad der Partizipationsmöglichkeiten im Planungsprozess“ lässt sich in einer „Stufenleiter von Beteiligungsniveaus“ quantifizieren, wie sie Tabelle 3 darstellt (ebd.: 252).

Tabelle 3: Stufenleiter von Beteiligungsniveaus im Planungsprozess

1.	Desinformieren, Manipulieren
2.	Befrieden, Erziehen, Therapieren
3.	Informieren
4.	Anhören und Erörtern
5.	Gemeinsames Beraten und Entscheiden
6.	Kooperieren (Partnerschaften)
7.	Einräumen von Kontrollbefugnissen und/oder Durchführungsmacht
8.	Delegieren bzw. Institutionalisisieren von Entscheidungsmacht

Entwurf: HOLM (2006: 252) nach SELLE (1996b).

Explizit muss festgehalten werden, dass die Berücksichtigung gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse keineswegs Ausdruck demokratischer Mitbestimmung ist. Vielmehr sind teilweise demokratische Einschränkungen zu erwarten, wenn sich ausschließlich Interessen der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Normen und Werte durchsetzen. Dies lässt sich gut am Beispiel von Moscheebauprojekten illustrieren, die in Teilen europäischer Gesellschaften mit einer Rhetorik der „Bedrohung“ konfrontiert werden, was die Wahrnehmung und Beurteilung beteiligter Akteure beeinflusst und sich somit auf die Umsetzbarkeit dieser Bauprojekte auswirkt (BEYELER/SUTER REICH 2009: 142, vgl. auch BAUMANN 1999).

Die planerische und institutionelle Produktion und „Herstellung“ öffentlicher Räume ist nicht mit dem Abschluss von Planungs- oder Bauphasen beendet. Zum einen entwickeln sich Räume auch planerisch und baulich stets weiter, zum anderen unterstehen sie eigentumsrechtlich einem Akteur wie der Kommune, einem Unternehmen oder einer Privatperson, die den entsprechenden Raum pflegen, verwalten und sich dabei auf juristische Institutionen berufen können. Im Allgemeinen sollte auch hier ein partizipativer und transparenter Ansatz gelten.

Unter den Aspekt der Verwaltung öffentlicher Räume fällt in besonderem Maße die Gewährung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit als „rechtlicher Rückhalt“ der „genuin politischen Funktion“ (KLAMT 2012: 784). Vor allem in öffentlich zugänglichen, aber privat verwalteten Räumen wird hier ein Problem zunehmender Privatisierung öffentlicher Räume deutlich, denn ein Anspruch auf diese Grundrechte gibt es in privatisierten öffentlichen Räumen, zumindest in Deutschland, (noch)

nicht. Ob Aktivitäten wie Versammlungen, Meinungskundgebungen oder auch nur das Verteilen von Flugblättern zugelassen werden, liegt allein in der Macht der Eigentümerin oder des Eigentümers und ist meist hohen Hürden unterlegen. In den USA haben Gerichte in einzelnen Bundesstaaten entschieden, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch in privaten Räumen mit öffentlichem Charakter, also vor allem Shopping Malls, gelten muss (vgl. GLASZE 2001: 165 f.). In Deutschland gab es dahingehend im Jahr 2011 ein erstes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches feststellte, dass Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch an Orten gelten, die sich im Eigentum privatrechtlicher, aber überwiegend öffentlich beherrschter Unternehmen befinden (BVERFG 2011). Im konkreten Fall ging es darum, dass Demonstrationen und Meinungsbekundungen am Frankfurter Flughafen im Allgemeinen für zulässig erklärt wurden. Auf die meisten privatisierten Räume hat das Urteil jedoch auf Grund der üblicherweise fehlenden öffentlichen Beteiligung in der Eigentumsrechtsform keinen Einfluss, doch zumindest hat das Gericht eine „zeitgemäße Fassung des öffentlichen Raums“ formuliert (DEPPE 2012: 90).

Auf dieser juristischen Ebene findet sich also bereits eine wichtige Verknüpfung zwischen Verwaltung und Regulierung von Räumen bzw. zwischen institutionell-formaler und sozialer Raumproduktion wieder. Eine Verbindung zwischen Raumplanung und dem Sozialcharakter eines Raumes ergibt sich vor allem über die angelegte Raumstruktur und Architektur. An dieser Stelle sei unbedingt darauf hingewiesen, dass der „Bau“ von Räumen in der Gegenwart zumeist einem Paradigma funktionaler Einteilungen und Trennungen entlang „klassischer“ Sphären wie „Wohnen“, „Konsum“, „Arbeit“ oder „Freizeit“ folgt, wohingegen sozialräumliche Aspekte bzw. eine zeitgemäße soziale Funktionalität vernachlässigt werden (vgl. FELDTKELLER 2005). Soziale und symbolische Auswirkungen der Herstellung öffentlicher Räume werden in den entsprechenden folgenden Abschnitten diskutiert.

Letztendlich können zur Bewertung der Kategorie der Planung und Verwaltung hauptsächlich die Faktoren **Planungspartizipation**, also die Formen der Mitbestimmung, aber auch der Minderheitenberücksichtigung im Planungsprozess, **Verwaltungstransparenz** im Sinne der Kontrollierbarkeit formaler Institutionen und Partizipationsmöglichkeiten im Prozess der Raumverwaltung und -pflege sowie **Grundrechtsbindung** in Form der Zusicherung von Meinungs- und Versammlungsfreiheiten formuliert werden.

b) Regulierung und Nutzung – oder: die Begegnung mit dem „Fremden“?

Wie bereits angesprochen unterliegen Nutzungen, Verhaltensweisen und Ausschlüsse in allen Räumen bereits ganz konkreten juristischen Bestimmungen. Häufig reglementieren Satzungen und Ordnungen der öffentlichen Hand die Nutzung nicht privat verwalteter öffentlicher Räume und schließen beispielsweise unerwünschtes Verhalten als „nicht erlaubnisfähige Sondernutzung“ aus. Das reicht von Alkoholkonsum oder Musizieren über das Aufstellen eines Hutes zur Geldspende

für einen Obdachlosen (KLAMT 2012: 784) bis hin zum längeren Verweilen an einem Ort (WEHRHEIM 2002: 47 ff.). Solche kriminalisierenden Maßnahmen werden bewusst als juristische Grundlage zum „Entfernen“ sozialer Gruppen geschaffen (vgl. KÖRNER 2011: 51 ff.), um die „Disziplinierung der Nutzer [...] als auch eine konkrete Verdrängung von Personen und Verhaltensweisen“ zu erreichen (WEHRHEIM 2002: 51). Übergeordnet wird einigen Individuen und Gruppen die Teilhabe an der Öffentlichkeit und dem öffentlichen Raum sogar grundsätzlich nahezu unmöglich gemacht oder verwehrt. Beispiele dafür sind in Deutschland unter anderem die Asylpolitik verbunden mit Residenzpflicht, abgelegenen Heimunterkünften und Abschiebungen oder auch der vom öffentlichen und kritisch-wissenschaftlichen Diskurs bisher kaum berücksichtigte Umstand, dass pro Jahr in Deutschland etwa 100.000 Personen in geschlossene psychiatrische Einrichtungen zwangseingewiesen werden (BMJ 2010), oft auf Grundlage normativer und im Schnellverfahren erstellter „Gutachten“.

Weiteres Konfliktpotential birgt, wie bereits am Beispiel der Meinungs- und Versammlungsfreiheit erläutert, die Privatisierung öffentlicher Räume, in den Sozialwissenschaften vor allem am Beispiel von Einkaufszentren und Shopping Malls diskutiert (vgl. u.a. GLASZE 2001, KOHN 2004, POPP 2011), sichtbar aber beispielsweise auch in gastronomisch oder gewerblich genutzten Bereichen auf Fußwegen und Straßen. Hausordnungen können in diesen Bereichen nahezu unbegrenzt Nutzung und Verhalten einschränken. Stärker als kommunale Satzungen bieten sie die Möglichkeit, ein gewünschtes „Zielpublikum“ einzugrenzen und Nutzerinnen und Nutzer zu homogenisieren (vgl. GLASZE 2001: 164 f.).

Juristische Verordnungen sind nur eine Form der Regulierung und Ausgrenzung von Akteuren in öffentlichen Räumen. Entscheidender im Alltag sind meist die faktischen Umstände und Mechanismen sozialer Normierung, Diskriminierung und Exklusion. Hier bildet sich ein Übergang zum Themenkomplex rund um Sicherheit, Unsicherheit, Ordnung und Überwachung, um den sich in den letzten Jahrzehnten einer der wohl erbittertsten Kämpfe und Diskurse der Öffentlichkeit und Wissenschaft entwickelte (vgl. u.a. LEGNARO 1998, WEHRHEIM 2002, BELINA 2010, KÖRNER 2011). Vielfach wird dabei ein gefährliches Missverhältnis zwischen realer Unsicherheit und konstruierten subjektiven Ängsten und Wahrnehmungen identifiziert, welches ein breites Feld „anderer“ und „fremder“ Verhaltensweisen und Akteure als „dangerous others“ stigmatisiert und die Idealvorstellungen der sozialen und ökonomischen Eliten, meist der bürgerlichen Mittelschicht, zur Norm werden lässt (vgl. VALENTINE 2001: 180 ff.). In der Gesellschaft entwickelt sich eine konservative Grundstimmung gegenüber diesen Gruppen und Verhaltensweisen, die als „moral panic“ zur Basis für die Akzeptanz und den Wunsch nach kontrollierenden und ausschließenden Maßnahmen und Mechanismen wird (vgl. ebd.: 181, LEGNARO 1998: 264). Die Folge sind verschärfte Exklusions- und Segregationseffekte mit der Herausbildung „bereinigter“ Räume im Gegensatz zu den Angsträumen des „Fremden“. Der Effekt verstärkt sich selbst, denn „durch räumliche Trennung von Funktionen und sozialen Gruppen entstehen mehr und mehr homogene Räume, in denen die Er-

fahrung von Differenz nicht mehr alltäglich ist. Damit könnte auch die Fähigkeit schwinden, mit der Erfahrung von Fremdheit gelassen umzugehen“ (SIEBEL/WEHRHEIM 2003: 245, zit. nach KÖRNER 2011: 50).

Die „moral panic“ steht damit als Instanz zur Bewahrung klassischer Systeme der zunehmenden Individualisierung und Heterogenisierung der Gesellschaft gegenüber, die zum einen mit dem Verlust herkömmlicher sozial kontrollierender Elemente und deren Ersetzung mit institutionellen und technischen Kontrollmechanismen unter Zustimmung vieler Bürgerinnen und Bürger in einem „kooperativen Kontrollsystem“ einhergeht (vgl. PERNACK 2005: 27 f.), zum anderen aber auch das bekannte gesellschaftliche und ökonomische System als solches in Frage stellt. Die Stigmatisierung des „Fremden“ und „Anderen“ ist eng verknüpft mit der Konstruktion einer „Underclass“, der „insgesamt ein Destabilisierungspotential für die bestehenden nationalen Gesellschaften zugeschrieben“ wird (WEHRHEIM 2002: 38). Mehr noch wird sie im Sinne einer „gefährlichen Klasse“ als kapitalistische Bedrohung wahrgenommen, die streng ökonomisch als „nutz- und wertlos“ angesehen wird und durch verweigte Teilhabe zu „Leistung“ und „Eigeninitiative“, bezogen auf den Standard der Erwerbsarbeit, gezwungen werden soll (vgl. LEGNARO 1998: 270 ff.). Selbst in einer sich auflösenden Arbeitsgesellschaft bleibt die Einordnung als „nicht-konsumierend“ statt als „nicht-beschäftigt“ (vgl. BAUMAN 1997: 117 ff.).

Die Übereinstimmung der Interessen herrschender gesellschaftlicher Strömungen mit den Interessen des Staates und damit die Entstehung eines kooperativen Kontrollsystems bilden die Grundlage für Bestrebungen nach einer härteren Law-and-Order-Politik und erklären den Zulauf entsprechender populistischer Forderungen. Beispiele zeigen, wie Demokratie und Rechtsstaat dabei in den Hintergrund rücken und Exklusion verschärft wird. So konnte der ehemalige Hamburger Innenminister Ronald Schill mit Forderungen wie „Dealer und Drogenkonsumenten zu vertreiben und zwar ‚egal wohin‘“ (LUTZ/THANE 2002: 10) ein großes Potential an Wählerinnen und Wählern mobilisieren. Auch sonst regt sich kaum Widerstand gegen die „Säuberung“ der Straßen. Demokratie in einem emanzipatorischen Sinne darf aber nicht die Herrschaft der Mehrheit bedeuten, sondern die Einbeziehung und Respektierung aller betroffenen Individuen und Gruppen. Auf den öffentlichen Raum bezogen bedeutet das die Herstellung von „Urbanität“, welche beinhaltet, „dass es im städtischen Raum zur Begegnung und Konfrontation von sozialen Gegensätzen, also zur Wahrnehmung (und damit auch Sozialisierung im Umgang mit) gesellschaftlicher Heterogenität kommt. Hieraus kann anonymes, ‚blasiertes‘, aber eben (anders gewendet) auch tolerantes Stadtleben resultieren“ (KLAMT 2012: 786). Aktuelle Kontrollbestrebungen und Exklusionsmechanismen scheinen jedoch in eine andere Richtung zu zielen. „Problematisch ist insoweit nicht allein eine offensichtliche Ungerechtigkeit sowie soziale Konformität anstelle einer toleranteren und heterogenen Urbanität, sondern vielmehr eine tiefer liegende politische Konsequenz gesellschaftlichen und räumlichen Ausschlusses“ (ebd: 799). Sie widerspricht dem historisch gewachsenen Verständnis eines „öffentlichen“ Raumes mit implizierter demokratischer Funktion durch Teilhabe und Gleichheit aller gesell-

schaftlicher Gruppen: „Die in die Idee von Öffentlichkeit gleichsam ‚eingebauten Rechte auf Inklusion und Gleichheit‘ waren damit eine Grundlage der Demokratisierung moderner Gesellschaften“ (GLASZE 2001: 163).

Das Ziel eines demokratischen öffentlichen Raumes muss also viel mehr die Erlebbarkeit des „Fremden“ in einer heterogenen und toleranten Umgebung sein, so dass sich die Distanz zu jenen Andersartigkeiten auflöst. In einer als „Heterotopie“ bezeichneten Umwelt (FOUCAULT 1992, vgl. auch KLAMT 2012: 775, LÖW 2001; 165) treffen verschiedene Lebensstile und Verhaltensweisen aufeinander, können sich ausleben, aber vor allem gegenseitig präsentieren und ihre diversifizierten Standpunkte aushandeln. Durch die dabei auftretenden Konflikte besteht ebenso wie durch gefühltes Unbehagen die Gefahr eines Rückzuges einzelner Akteure aus dem Raum. Die große Schwierigkeit besteht also darin, eine „gelungene Balance zwischen Verunsicherung und sozialer Kontrolle“ (HÄUSSERMANN/LÄPPLE/SIEBEL 2008: 305) herzustellen, die möglichst alle Akteure gleichberechtigt berücksichtigt (vgl. ebd.: 304 f.). Nur so bleibt gewährleistet, dass alle Menschen Räume finden können, die ihren Anforderungen entsprechen und damit zur gesellschaftlichen Inklusion beitragen. So wollen Kinder genau so spielen und lärmern, wie manch Erwachsene ein ruhiges Erholungs- oder Einkaufserlebnis suchen. Erwerbstätige fahren genauso mit dem Fahrrad, Nahverkehr oder dem Auto zur Arbeit und bummeln durch Straßen und Parks, wie der Zugang zu diesen Räumen für Obdachlose, Flaschensammlerinnen oder Prostituierte eine ökonomische und soziale Notwendigkeit darstellt. Subkulturen und alternative Lebensstile sind in ihrer Existenz auf Freiräume angewiesen, wie sie die bürgerliche Öffentlichkeit seit der griechischen Antike im öffentlichen Raum gefunden hat. Die Reihe ließe sich endlos fortsetzen.

Im konkreten öffentlichen Raum kann diese urbanitäre Vielfalt durch verschiedene Umstände ermöglicht werden. In erster Linie ist dabei eine möglichst geringe Einschränkung des Individuums durch ortsbestimmte Verhaltensnormen notwendig, um Verhaltensunsicherheiten zu vermeiden (vgl. SCHUBERT 2000: 28 f., KLAMT 2007). Hierfür kann eine kritische Reflektion von „Normen“ und „Anstand“ notwendig sein, deren Nichteinhaltung schnell zur Grundlage gesellschaftlicher Exklusion werden kann. In diesem Zusammenhang sei an die Theatervorstellung aus der Einführung erinnert: Erving GOFFMAN (2005: 99 ff.) hat gezeigt, welchen absurden Rollenzuschreibungen das individuelle Verhalten auf der „Vorderbühne“ der Öffentlichkeit folgen muss, um den normierenden Teilhabebedingungen zu genügen. „Publikumssegregation“ verhindert unkonventionelles Verhalten und schiebt es auf die „Hinterbühne“ oder hinter die Außenmauern des Theaters ab (vgl. ebd.: 127 f.). Als Schwierigkeit ergibt sich dann vor allem die Einschätzung, ab wann sanktionierende Maßnahmen notwendig sind, um Freiheiten anderer nicht zu gefährden. Nach dem Gleichheitsprinzip müssen hier gegenüberstehende Einschränkungen rational gegeneinander abgewägt werden. So würde wohl beispielsweise zumeist der Schluss gezogen werden, dass die Verdrängung von Obdachlosen an einem Ort nicht gerechtfertigt ist gegenüber den Einschränkungen, die andere durch ihre Anwesenheit erfahren (was auch immer diese Einschränkungen sein könnten).

Begünstigt oder erst ermöglicht wird die Entfaltung individueller Identitäten als Grundlage einer heterogenen Alltagswelt im Allgemeinen durch die Zusicherung von Nischen oder Rückzugs-, Frei- und Schutzräumen, die jedoch – und das unterscheidet sie von segregierten Räumen – nach außen deutlich sichtbar und offen bleiben, um Kommunikation und Austausch zu ermöglichen. Christopher Alexander formulierte dies in seiner „Muster-Sprache“ als „Aktivitätsnischen“ (ALEXANDER/ISHIKAWA/SILVERSTEIN 1995: 646 ff.) oder „Mosaik von Subkulturen“ (ebd.: 47 ff.), welche sich in den „Subkultur-Grenzen“ begegnen (ebd.: 79 ff.). Durch die Einsehbarkeit ist gleichzeitig ein Grundmaß an sozialer Kontrolle gegeben (vgl. SCHUBERT 2000: 19 ff.).

Eine Formulierung von Faktoren, welche die soziale Produktion öffentlicher Räume schlussendlich beschreiben, könnte nach diesen Betrachtungen also **Individualität** als Möglichkeit selbstbestimmten Handelns, **Heterogenität** als Ausdruck vielfältiger Verhaltensweisen und Quelle von Gegensätzen sowie eine tolerante, aber reale Unsicherheit verhindernde **Kontrollbalance** ergeben.

c) Sozialcharakter/Nutzbarkeit – Symbolik und Kommunikation

Wird Raum als „relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern“ (LÖW 2001: 154) verstanden, so wirken soziale Güter nicht nur auf physisch-materielle Weise, sondern auch auf einer symbolischen Ebene (vgl. ebd.: 152 ff.). Die Bedeutung vieler „primär symbolischer“ sozialer Güter liegt sogar ausschließlich in ihrem semiotischen Sinn und weniger in ihrer physischen Nutzbarkeit. Normen und Vorschriften als soziale Güter können beispielsweise kaum materiell erfasst werden. Aber auch Verzierungen oder „prunkvolle“ Fassaden sind in erster Linie weniger funktional, sondern wirken vorrangig zumeist als Symbole der Erhabenheit oder des Reichtums. Öffentliche Räume sind voller Zeichen. In einem erweiterten Verständnis können sie sogar als ausschließlich aus Zeichen zusammengesetzte „Symbolräume“ aufgefasst werden, denn alle Formen der Anordnung von Objekten und menschlichen Handelns sind semiotisch aufgeladen (vgl. SCHUBERT 2005: 175 ff., STACHEL 2007: 17 ff.).

Auf einem weniger abstrahierten Niveau und auf konkrete Räume bezogen ist die Frage nach dem Sozialcharakter und der Nutzbarkeit eines Raumes vor allem eine Frage der Raumgestaltung und der vorherrschenden Nutzungsmuster. Allein durch baulich-architektonische Maßnahmen können eine Fülle von Sachverhalten ausgedrückt und soziale Exklusionsmechanismen in Gang gesetzt werden: „Marmor, verspiegelte Glasflächen, goldfarbene Einfassungen, Palmen und andere elitäre Zeichen wirken als stumme, aber wirksame soziale Filter: Den einen signalisieren sie Zugehörigkeit, den anderen das Gegenteil“ (HÄUSSERMANN/LÄPPLE/SIEBEL 2008: 304). Genauso können „helle Materialien, viel Glanz und ein ausgeklügeltes Beleuchtungssystem“ unerwünschte Personen fernhalten (POPP 2011: 110). Vor allem aber schließen Funktionszuweisungen grundsätzlich zweckfremde Nutzungen aus: finden sich in einem öffentlichen Raum beispielsweise keine Sitzgelegenheiten oder werden zum Sitzen geeignete Stadtmöbel entfernt oder durch Manipulation zum

Sitzen ungeeignet gemacht, werden sich Menschen kaum längere Zeit in diesem Raum aufhalten (vgl. ebd.: 110). Sehr schnell findet sich hier wieder eine Verknüpfung mit dem Komplex rund um Sicherheit und Kontrolle, in dem sich Raumgestaltung heute verstärkt an Sicherheitsaspekten orientiert (KLAMT 2012: 796). Konzepte wie „Crime prevention through environmental Design“ oder der Ästhetisierung von Räumen mittels Ausstattung und Material (WEHRHEIM 2002: 95 ff.) schaffen lückenlos sozial und technisch einseh- und überwachbare Räume. Für die Entstehung lebhafter Urbanität und Heterogenität notwendige Nischen werden beseitigt, was auch „häufig mit einer reduzierten Aufenthaltsqualität einhergeht, die ebenjener sich nicht auf den ersten Blick erschließenden Nischen bedarf“ (KLAMT 2012: 797).

Parks mit vielen Büschen werden im Zuge moral panic-bestimmter Sicherheitsdiskurse genau wie die Anwesenheit von Obdachlosen oder „herumhängenden“ Jugendlichen zu Symbolen mangelnder sozialer Kontrolle, zu Orten der Unordnung und Angst (vgl. VALENTINE 2001: 175). Als „Signs of disorder“ oder „incivilities“ werden alle Verhaltensweisen, Bevölkerungsgruppen und Erscheinungen bekämpft, „die dem Ideal bürgerlicher Wohlanständigkeit widersprechen“ (LEGNARO 1998: 265). Im Kontext dieser „Sterilisierung“ öffentlicher Räume lassen sich solche Zeichen im Gegenzug „als spezifische Formen der Aneignung, Markierung und Identitätsversicherung interpretieren“ (ebd.: 268 f.), also als Zeichen der Machtlosigkeit, Ausgeschlossenheit und selbst erzwungenen Partizipation. Dazu zählen auch illegale und illegalisierte Erscheinungen wie Vandalismus oder Graffiti. So bestätigen beispielsweise psychologische Erhebungen unter Graffiti-Sprayerinnen und -sprayern diese Theorie und identifizieren Selbstverwirklichung und das Sichtbarmachen und Schaffen eigener „bleibender Strukturen“, im Alltag sonst verwehrt oder abgelehnt, unter den wichtigsten Anreizfaktoren zum Sprühen (vgl. RHEINBERG/MANIG 2003).

Der soziale Gebrauchswert sowie eine hohe Aneignungsgunst sind vorrangige Bewertungsparameter öffentlicher Räume nach dem „Paradigma des öffentlichen Freiraums“, wozu auch der offene Charakter eines Raumes und die Ausstrahlung seiner Aufenthalts- und Kommunikationsplätze zählen (SCHUBERT 2000: 21 ff.). Für die Nutzbarkeit eines Raumes reicht es beispielsweise nicht, wenn er „schön“ ist und hohe visuelle Qualitäten aufweist. Vor allem muss er eine soziale Funktionsfähigkeit vermitteln. Andere Zeichen wirken diesem Charakter entgegen. So können eine Überwucherung mit Kommerz und Werbung oder die von unreguliertem Autoverkehr ausgehenden Empfindungen eine „stadtzerstörende Wirkung“ entfalten (ebd.: 23). Auch die im Raum verorteten sozialen Normen werden auf semiotischer Ebene vermittelt; die An(Ordnung) aller sozialen Güter und Menschen ergibt ein wahrnehmbares Ganzes, welches in Verknüpfung mit individuellen Empfindungen eine räumliche „Atmosphäre“ ergibt, die auch In- oder Exklusion vermitteln kann (vgl. Löw 2001: 204 ff.).

In hohem Maße abhängig von dieser Atmosphäre und der Ausstrahlung der räumlichen Dinge sind die Möglichkeiten und Bestrebungen der Individuen, miteinander in Kommunikation zu treten. Orte, die eher einen kanalisierenden Charakter, drängende Bewegungsströme, fehlende Sitzgele-

genheiten oder mangelnde kommunikative Anknüpfungspunkte aufweisen, werden eine geringe „Kommunikationsdichte“ aufweisen (vgl. dazu u.a. die Untersuchungen der BURANO-GRUPPE 2005 und VON SEGGERN/TESSIN 2005). Kommunikation bedeutet auch, Gelegenheiten zum Sehen und zum Gesehen werden zu finden. Die Kommunikationsdichte ist einer der entscheidenden Faktoren für politisch funktionsfähige öffentliche Räume. Sie vermittelt auch „Information und Orientierung und damit Sicherheit, Geborgenheit und Identifikation“ (BURANO-GRUPPE 2005: 98). Allerdings dürfen enge Kommunikationsbeziehungen nicht die Individualität und Anonymität der Akteure gefährden. Es gilt das Paradigma der rituellen Anonymität, um den Einfluss persönlicher Hierarchien auf den Kommunikationsverlauf zu vermindern, so dass alle Akteure ihren Standpunkt bewahren können und nicht einer Meinungsmacht unterlegen sind (vgl. SCHUBERT 2000: 26 f.). Zudem wird so eine „große Variabilität der sozialen Kontakte ermöglicht“ (ebd.: 26), die Empfangsgruppe der Kommunikation also heterogenisiert.

Zur Bewertung öffentlicher Räume aus einem kommunikativ-symbolischen Blickwinkel könnten letztendlich die Faktoren **Freiräumlichkeit** als Ausdruck einer wahrgenommenen individuellen Aneignungsgunst, **Kommunikativität** im Sinne der gefühlten und genutzten Möglichkeiten, mit anderen in Kontakt zu treten sowie **Anonymität** als Form „gefühlter“ Individualität formuliert werden.

III Empirie – Demokratische Funktionalität ausgewählter Räume

5 Kurzübersicht über die Untersuchungsgebiete

Die für dieser Arbeit ausgewählten Räume weisen einerseits Gemeinsamkeiten auf, die auf bestimmten Ebenen einen direkteren Vergleich der Ergebnisse untereinander ermöglichen, andererseits bestehen große Unterschiede in den ihnen zugewiesenen Funktionalitäten und der Nutzungsstruktur. So können ein großes Spektrum bestehender öffentlicher Räume angeschnitten und bestimmte Aussagen auf ähnliche Räume übertragen werden.

Den Untersuchungsgebieten gemein ist, dass sie für die Nutzenden vorrangig eine „Zentrumsfunktion“ darstellen, d.h., dass die entsprechenden Orte bewusst aufgesucht werden, wenn auch aus jeweils völlig unterschiedlichen Motiven. Die betrachteten Räume stellen keine Durchgangs- oder Verkehrsräume dar und können überwiegend als „autofrei“ bezeichnet werden.

5.1 Sony Center am Potsdamer Platz

Innerhalb eines zwischen 1996 und 2000 errichteten Gebäudeensembles am Potsdamer Platz im Bezirk Berlin Mitte erstreckt sich das Sony Center. Es ist durch ein zentrales, platzähnliches „Forum“ geprägt, welches von hohen Bauten in Glas- und Stahlarchitektur umgeben wird. Außerdem dominiert eine halboffene Dachkonstruktion, die den Raum zeltähnlich mit Stoffbahnen überspannt. Der Ort ist vor allem ein touristischer Anlaufpunkt. Seine Nutzungsstruktur wird durch gastronomische Einrichtungen, Einzelhandel sowie „Event und Entertainment“ bestimmt (FEM 2012).

Die Immobilie befindet sich im Eigentum des südkoreanischen Rentenversicherungsfonds NPS. Für die Verwaltung der öffentlichen Flächen zeichnet sich ein eigenes privatwirtschaftliches Property Management-Unternehmen verantwortlich. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird das Sony Center unter anderem in Verbindung mit seiner „rigiden“ Hausordnung als Beispiel für privatisierte öffentliche Räume angeführt (vgl. u.a. GLASZE 2001: 165 f.).

5.2 Wohnquartier Rollbergkiez

Das Untersuchungsgebiet im Rollbergkiez erstreckt sich über eine Wohnanlage zwischen Hermann-, Werbellin-, Morus- und Kopfstraße im Norden Berlin Neuköllns (vgl. Anhang B). Die heutige Bebauung entstand während einer Flächensanierung in den 1970er Jahren im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Sie ist vor allem durch mehrere charakteristische „Ringbauten“ – d.h. durch gleichmäßig angeordnete, quadratische Wohnblöcke mit großen Innenhöfen – geprägt. Zwischen den Blöcken erstreckt sich ein großes öffentliches Areal, welches sich überwiegend an die Anwohnerinnen und Anwohner richtet. Eigentümerin der Anlage sowie des Wohnungsbestandes ist die landeseigene STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH.

Die Sozialstruktur des Quartiers ist vor allem durch eine junge Bevölkerung, überwiegend mit Migrationserfahrungen, sowie einem niedrigen Einkommensniveau gekennzeichnet. So bezieht etwa die Hälfte der hier wohnenden Menschen staatliche Transferleistungen. Etwa ein Viertel der Anwohnenden ist jünger als 18 Jahre. Etwa 15 % sind im Rentenalter, also über 65 Jahre alt (vgl. QMR 2011, QMR 2012, SFSU 2012a).

5.3 Tempelhofer Park

Der Tempelhofer Park ist ein junger öffentlicher Raum in Berlin, der im Jahr 2010 auf dem ehemaligen Gelände des innerstädtischen Flughafens Tempelhof entstand. Die flughafenähnliche Struktur der Start- und Rollbahnen und ausgedehnten Freiflächen hat sich bisher kaum verändert.

Jedoch ist der Ort zu einem frequentierten Freizeitraum geworden, der durch funktionale Trennungen wie Vogelschutz- oder Grillwiesen und „Pionierprojektfächen“ ein breites Spektrum von Nutzungen ansprechen soll.

Das Gelände zwischen den Stadtbezirken Neukölln und Tempelhof-Schöneberg befindet sich im Besitz des Landes Berlin, welches eine grundlegende Umgestaltung des Areals plant. Dabei ist auch vorgesehen, einzelne Flächen mit neuen Stadtquartieren und Gewerbeansiedlungen zu bebauen (vgl. SFSU 2012b). Der Raum hat sich zu einem Ort der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Interessen entwickelt, wobei interessante Effekte von Mitbestimmungs- und Beteiligungsmaßnahmen sichtbar werden.

6 Methoden und Instrumente

Die Bewertung der politischen bzw. demokratischen Funktionalität öffentlicher Räume aus den zuvor entwickelten Blickwinkeln kann unter Verwendung eines breiten Spektrums empirischer Methoden erfolgen, um herauszufinden, welche Akteure öffentliche Räume nutzen und gestalten sowie welche institutionellen und sozialräumlichen Bedingungen dieser Akteursauswahl zu Grunde liegen. Dabei können sowohl qualitative als auch quantitative Methoden angewendet werden, die je nach Intensivität und Umfang einer Untersuchung ergänzend und vertiefend eingesetzt werden können. Für den Umfang dieser Arbeit bieten sich Methoden an, die einen Überblick über die sozialräumlichen und semiotischen Strukturen und Mechanismen in einem bestimmten Raum zulassen.

Die Auswertung der erhobenen Daten geht zuletzt mit ihrer kartographischen Darstellung einher, soweit sie räumlich abgebildet werden können. Die Karten dienen vor allem der Ergebnispräsentation und unterscheiden sich daher in ihrer Form und Art der Erstellung von auf digitale Analysen optimierten GIS-gestützten Karten.

6.1 Teilnehmende Beobachtung, Fotodokumentation

Im Mittelpunkt des Methodenspektrums steht die intensive teilnehmende Beobachtung des Untersuchungsortes, um die Raumausstattung und -gestaltung sowie Nutzungs- und Verhaltensmuster systematisch zu erfassen, festzuhalten und zu deuten (vgl. ATTESLANDER 2008: 67 ff.).

Auf einer qualitativen Ebene soll sich die Beobachtung dabei vor allem über die Beschreibung und anschließende Interpretation materieller Objekte und ihrer Anordnung, der Tätigkeiten von Menschen im Raum, von funktionalen Strukturen und sinnlichen Wahrnehmungen bzw. der Raumatmosphäre erstrecken. Diese Beobachtungsdimensionen bleiben zunächst offen und können während der Feldphase erweitert oder an den Raum angepasst werden (vgl. MAYRING 2002: 82 f.).

Quantitativ kann es von Nutzen sein, Tätigkeiten zu kategorisieren und Größenordnungen zu benennen, zum Beispiel, wieviele Personen sich in welchen Bereichen des Raumes auf welche Weise aufhalten.

Zur Dokumentation und nachbereitenden Untersuchung soll die Beobachtung durch Fotoaufnahmen unterstützt werden, die zumindest einen visuellen, temporären und groben Einblick in den Raum geben können. Zwar kann eine Fotodokumentation im nachhinein Details zu Tage fördern, die in der Beobachtungssituation verborgen blieben. Sie erzeugt jedoch nur von ihrer Umgebung abgekoppelte Raumausschnitte und bildet diese unter Verlust relevanter Dimensionen ab (vgl. VON SEGGERN/TESSIN 2005: 285 ff.). Zudem ist mit der Handlung des Fotografierens je nach Situation ein starker Raumeingriff verbunden, wenn sie von anderen Akteuren im Raum als ungewöhnlich wahrgenommen wird.

6.2 Strukturierter Fragebogen

Zur Erfassung individueller Wahrnehmungen und Einstellungen der Raumnutzenden wurde ein strukturierter Fragebogen mit überwiegend geschlossenen Fragen entworfen, der je Teilraum von 40 zufällig im Raum angetroffenen Personen ausgefüllt werden sollte (Anhang E). Die Antwortmöglichkeiten bzw. -kategorien sind bereits auf dem Fragebogen vorgegeben, woraus sich einerseits „vollständige“ und in hohem Maße untereinander vergleichbare Aussagen der Personen auch unabhängig von ihrem Vorwissen oder Bildungsstand im Rahmen der vorgegebenen Items ergeben. Andererseits geht der feste Rahmen, der allein den theoretischen und subjektiven Vorkenntnissen des Fragenden unterliegt, mit den Problemen einher, dass beispielsweise Missverständnisse oder unerwartete Zusammenhänge im Verlauf der Befragung nicht aufgedeckt und berücksichtigt werden können (vgl. ATTESLANDER 2008: 136 ff.). Eine Ausnahme bildet eine offene Frage, in der die Befragten selbst formulieren sollten, welche Personen oder Gruppen sie im konkreten Raum stören oder stören würden. Eine Frage zur Kameraüberwachung wurde nur in kameraüberwachten Räumen gestellt.

Der Fragebogen lässt vor allem quantitative Aussagen zur Ausprägung der aufgeführten Größen zu und dient so als „Messinstrument“ (ebd.: 134). Es ergeben sich statistisch verwert- und vergleichbare Aussagen zu Sinneswahrnehmungen, zur Einstellung gegenüber anderen Akteuren und ihrem Verhalten, zu sozialer Kontrolle sowie zur allgemeinen Struktur der Nutzerinnen und Nutzer durch die Erhebung grundlegender Sozialfaktoren. Die raumbezogene Ermittlung signifikanter statistischer Zusammenhänge ist jedoch auf Grund des geringen Stichprobenumfangs nur in beschränktem Umfang zu erwarten. Die statistische Auswertung der Fragebögen erfolgte unter Verwendung der Software SPSS.

Um den Effekt „sozialer Erwünschtheit“ bestimmter Antworten möglichst gering zu halten (vgl.

SCHNELL/HILL/ESSER 2005: 355 f.), wurde der Fragebogen von den Befragten selbst ausgefüllt, wobei explizit auf Anonymität hingewiesen wurde und der Fragebogen anschließend in einen Karton mit weiteren ausgefüllten Fragebögen gesteckt wurde. Der Bogen ist in einfacher deutscher Sprache gehalten, damit die Fragen auch für junge Menschen oder Personen mit geringeren Deutschkenntnissen verständlich bleiben. Andererseits dürfen zu einfache Formulierungen auch nicht die Ernsthaftigkeit des Anliegens in Frage stellen. Nach einem Pretest des Fragebogens an bekannten Personen wurden einzelne Unklarheiten beseitigt und Hinweise in die Endfassung eingearbeitet.

6.3 Qualitative Interviews

Großer Erkenntnisgewinn ist von qualitativen Gesprächen und Interviews zu erwarten, mit denen raumbezogene Hypothesen und Vorkenntnisse weiterentwickelt und systematisiert werden können (vgl. ATTESLANDER 2008: 131 ff.). Vor allem aus der Fragebogensituation ergaben sich zum Teil längere Gespräche, die Formen offener, problemzentrierter Interviews (MAYRING 2002: 67 ff.) oder eher „ero-epischer Gespräche“ (GIRTLER 2001: 147 ff.) annahmen. Dabei löste sich die starre Situation der Befragung und bot Raum für gegenseitigen Austausch.

Vor allem im Rollbergquartier erwies es sich als absolut notwendig, vertieft qualitativ vorzugehen, um sich so den diversifizierten Vorgängen und teilweise kaum zugänglichen Akteuren und Konflikten im Raum zu nähern und Einblicke aus verschiedenen Sichtweisen zu erhalten. Dabei wurden auch Angebote und Einrichtungen vor Ort einbezogen. Insbesondere wurde ein etwa zweistündiges leitfadengestütztes Interview mit dem Quartiersmanagement vor Ort geführt.

7 Ergebnisse

Die aus den empirischen Erhebungen gewonnenen Daten sollen im Folgenden auf die einzelnen Teilräume bezogen ausgewertet und interpretiert werden, wobei sich für jeden Untersuchungsraum am Ende eine Aussage über sein demokratisches Potential ergibt.

7.1 Sony Center am Potsdamer Platz

Da sich das Sony Center und seine öffentlich zugänglichen Räume in privatem Eigentum befinden, ist es für diese Arbeit zunächst entscheidend, den Charakter eines „öffentlichen Raums“ festzustellen. Bereits die Selbstdarstellung des Center Managements betont die Öffentlichkeit des Ortes, welches in Form eines „öffentlichen Platzes“, des „Forums“, ein „urbanes Zentrum“ bildet (FEM 2012: 3). Weiterhin sind die Flächen grundsätzlich von den umliegenden öffentlichen Stra-

ßen, vor allem von der Seite der Potsdamer Straße, offen und ohne physische Barrieren wie Eingangstüren zugänglich, wobei der Kern des „Forums“ durch straßenzugsähnliche, teilweise mit kleinen Bäumen gesäumte Zugänge erreicht wird. Ein dritter entscheidender Faktor ist die Wahrnehmung der Menschen vor Ort, wobei 67 % der befragten Personen die Aussage „Dieser Ort ist ein öffentlicher Raum“ als zutreffend und weitere 23 % als „eher zutreffend“ bewerten, insgesamt also 90 % der Befragten den öffentlichen Raumcharakter bestätigten (Anhang F).

Trotzdem wird der „Eintritt“ in das Areal von einem deutlichen Wandel der architektonischen und atmosphärischen Umgebung begleitet, was sich entlang der gesamten Eigentumsgrenze feststellen lässt und somit zu einer indirekten Wahrnehmbarkeit dieser Linie führt. Bereits vom äußeren Erscheinungsbild des Gebäudeensembles um das Sony Center wird dieser Eindruck deutlich: Der Grundstücksbereich wird in Form eines Dreiecks an allen Seiten von hohen Gebäuden in „moderner“ Glas- und Stahlarchitektur abgeschlossen, deren Fassaden – im Gegensatz zur Architektur im Inneren des „Forums“ – ungewöhnlich wirken bzw. eine senkrechte Fläche bilden. An der Spitze zum Potsdamer Platz dominiert das Hochhaus der Deutschen Bahn-Konzernzentrale. „Außen gibt sich die neue Ordnung wenig einladend, Glasfassaden brechen den Blick mit ihrer spiegelnden Oberfläche und demonstrieren Unnahbarkeit“ (RAUTERBERG 2000: 1). Der Architekturkritiker Hanno Rauterberg rückt den „techno-futuristischen“ Stil des Architekten Helmut Jahn in die Nähe einer „Kapitalarchitektur“, die ohne Berücksichtigung des großen historischen Potentials des Ortes, an dem bis 1989 der Streifen der Berliner Mauer verlief, eine heile, gemachte Welt verkörpert und die er als „Symbol einer ‚utopisch-gestrigen Ideologie‘“ bezeichnet (ebd.: 2).

Deutlicher könnte auch ausgedrückt werden, dass sich die Anlage als Zeichen einer neoliberalen Lebensweise präsentiert, gekrönt durch den untrennbaren Namen eines Unterhaltungselektrokonzerne und funktional unterteilt in die Bereiche der Arbeit, des Wohnens und des Konsums. Diese Aufteilung wird aus dem Eindruck des Sony Centers ersichtlich: Die Glasfassaden, vor allem die der Bahnzentrale an der Spitze des Grundstücks (von vielen Besucherinnen und Besuchern zuerst wahrgenommen, da sie sich zumeist von der Seite des Potsdamer Platzes nähern), scheinen zwar verspiegelt, lassen jedoch deutlich die Büroräume im Inneren erkennen. Auf der Straßenebene beginnt bereits die „Welt des Konsums“, die ihren Höhepunkt im Inneren des Forums erreicht, wenn die „Arbeitswelt“ durch die Zugänge zwischen den Fassaden durchquert wurde. Hebt sich der Blick im Innenbereich entlang der häufig überhängenden Fassaden über die gewerblichen Einrichtungen, zeigt sich die Funktion des Wohnens an den großen Fenstern der „Residences“ und „Apartements“.

Immer wieder wird eine Exklusivität deutlich, die dem Anspruch des Forums widerspricht, alle Akteure der Gesellschaft an einem Ort zusammen zu bringen. Nicht nur die äußere Gestaltung, auch das Innere ist überwiegend von „sichtbarer Unzugänglichkeit“ geprägt. Schon der erste Eindruck des hoch aufgespannten, zeltähnlichen Dachs, welches in einem Punkt 67 Meter über dem Forum zusammenläuft, verdeutlicht das: Vereinzelt wurde im Gespräch mit Menschen deutlich,

dass sie zwar beeindruckt sind von der Architektur, eine Identifikation mit dem Ort oder eine „Nahbarkeit“ aber nicht zustande kommen. Zudem lässt sich aus der Kartierung des Raumes berechnen, dass etwa 45 % der Fläche des Forums nicht direkt begehbar, aber einsehbar sind: dazu zählen eine Brunnenfläche und eine abgegrenzte Vertiefung im Zentrum sowie vor allem Flächen, die für die gastronomische Nutzung reserviert sind. Abzüglich der Brunnen- und Vertiefungsfläche wird etwa ein Drittel der „öffentlichen Fläche“ im Forum von Tischen, Stühlen und Dekoration von vier Restaurants und Cafés eingenommen (vgl. Anhang A). Auch die Fassaden um das Forum sind von Glas dominiert, so dass Inneres nach außen sichtbar wird, für Außenstehende aber zumeist unerreichbar bleibt.

Für die Einrichtungen im Sony Center ist ein „exklusiver“ Anspruch ein wichtiger Werbefaktor. Die Gastronomie bietet alles zwischen „Business-Lunch“ und „feiner“ Weinhandlung, der Sony Store bietet hochwertige Produkte der Zukunft, selbst das CineStar-Kino setzt „exklusive Standards“. Nicht zuletzt sorgt „exklusives Wohnen im Zentrum der Metropole“ für ein „urbanes Lebensgefühl“ (FEM 2012: 4 ff.). Der Mietpreis einer freien Zweizimmerwohnung mit 116 m² lag bei einer monatlichen Kaltmiete von 2.090 Euro, was nach dem Berliner Mietspiegel dem 2,1-fachen Mietniveau in vergleichbarer Größe, Wohnlage und Ausstattung entspricht (SFSU 2012c). Zusätzlich muss mit Nebenkosten von 850 Euro gerechnet werden, wobei die „Serviceleistung“ eines „Wachdienstes“ beworben wird.

Der entsprechende Exklusionseffekt ist erwünschtes Ziel bei der institutionellen Produktion überwiegend dem Konsum dienender Orte wie dem Sony Center, um die Attraktivität für ein ökonomisch besser gestelltes Publikum zu erhöhen und zugleich die Erfahrungen dieser Gruppe nicht durch störende Einflüsse der gesellschaftlichen Alltagsrealität zu beeinträchtigen. Bei der Durchsetzung hilft in privatisierten öffentlichen Räumen ein juristisches Hausrechtsmonopol. Begegnungen mit „dem Fremden“ kommen kaum zustande, was häufig gleichbedeutend ist mit der Nichtsichtbarkeit ökonomisch niedriger gestellter Schichten. Auch deshalb wird Privatisierung in den letzten Jahrzehnten eng verbunden mit der Verschärfung sozialer und ökonomischer Differenzen in den Städten betrachtet (vgl. RONNEBERGER/LANZ/JAHN 1999). Die Homogenität der Nutzerinnen und Nutzer ist im Sony Center deutlich festzustellen, wobei sich sowohl die auftretenden Gruppen als auch ihre Verhaltensweisen stark gleichen. Von der äußeren Erscheinung dominieren Gruppen von zwei bis vier Personen oder Paare mittleren Alters bis ins frühe Rentenalter, zum Teil mit jüngeren Kindern. Die mit Hilfe der Fragebögen erhobenen Sozialfaktoren bestätigen diesen Eindruck und liefern zugleich einen Hinweis auf eine verbreitet ähnliche ökonomische Situation: 64 % der Befragten über 18 Jahre ordneten sich einer Einkommensgruppe von über 2.000 Euro pro Monat zu, das mittlere Monatseinkommen in Deutschland beträgt jedoch nur etwa 1.300 Euro (GOEBEL/GORNIG/HÄUSSERMANN 2010: 5).

Deutlich ist im Sony Center ein stark normiertes Verhalten zu beobachten, wobei sich der überwiegende Teil der Nutzenden in ähnliche Tätigkeitsbereiche wie dem Betrachten der Dacharchitek-

tur bei Eintritt in das Forum, Durchlaufen des Raumes, Stehen und Sprechen am Rand der Bewegungspfade, Sitzen auf den Leisten rund um Brunnen und Vertiefung oder dem Sitzen und Unterhalten in den Außenbereichen der Restaurants und Cafés einordnen lässt. Grundsätzlich gehören langsame Bewegungsabläufe, vor allem während des Laufens, sowie eine leise Sprache etwa in Zimmerlautstärke zur verorteten Norm des Raumes. Durch eine ruhige Raumatmosphäre in dem zu Straßen- und Stadtgeräuschen abgeschotteten Raum, unterstützt durch die Architektur, heben sich schnelle Bewegungen und vor allem laute Geräusche deutlich ab. So erzeugte bereits das Rollen einer Glasflasche durch versehentliches Anstoßen neben einem Mülleimer eine ungewohnte Raumsituation, die dem Verursacher deutlich peinlich war. Selbst zwei äußerlich auffällige Gruppen eines „Junggesellenabschieds“ verhielten sich ruhig und konstatierten, „wenigstens ihr Bier trinken zu können“. Regelmäßig gerät die Norm der Ruhe jedoch in Konflikt mit den Interessen einer relevanten nutzenden Gruppe des Raumes: Kleinere Kinder, die das Sony Center häufig offenbar mit ihren Eltern besuchen, können sich zum Teil kaum der Umgebung anpassen und sorgen somit kurzzeitig für weithin wahrnehmbare Raumveränderungen.

Eine der fremdesten Erscheinungen im Sony Center dürfte bereits die Anwesenheit von Forschenden mit Klemmbrett und Fragebögen darstellen, weshalb „Kundenbefragungen“ laut Hausordnung ebenso untersagt sind wie Rollschuh- oder Fahrradfahren, Alkoholkonsum außerhalb der gastronomischen Flächen, Betteln, Musizieren, Tauben füttern oder auch das Sitzen außerhalb von Sitzflächen (Anhang D). Ob das Property Management jedoch alle Menschen im öffentlichen Raum des Sony Center als „Kunden“ einstuft und ihre wissenschaftliche Befragung daher gegen die Hausordnung verstößt, konnte nicht geklärt werden, da weder ein Sicherheitsdienst eingriff noch die Verwaltung für ein Gespräch bereit stand.

Die Unsichtbarkeit des Sicherheitspersonals war eine der größten Überraschungen bei der Untersuchung des Raumes. Während mehrerer mehrstündiger Aufenthalte blieb ein Kontakt trotz zum Teil auffälliger, jedoch nicht störender Verhaltensweisen während der Beobachtung, Kartierung und Befragung aus. Ebenso führten vereinzelte Verstöße von Nutzenden gegen das Fahrrad- oder Alkoholverbot zu keinerlei Konflikten. Die Einhaltung ortsüblicher Normen ist damit vor allem auf eine hohe soziale Kontrolle durch gemeinsame Interessen der Anwesenden und eine ruhige und einsehbare Raumatmosphäre zurückzuführen. Abweichendes Verhalten wird im Bewusstsein unterbunden, sofort und teilweise im gesamten Forum wahrnehmbar zu werden. Dennoch ist auch durch formale Kontrollmechanismen von einem normierenden Effekt auszugehen. So ist beispielsweise die Hausordnung schärfer formuliert, als sie de facto umgesetzt wird oder sich umsetzen lässt. Das zeigen bereits die Beispiele gelegentlicher Verstöße, aber auch die Strategie des Sicherheitsdienstes an sich: „Die Wachmänner seien angewiesen, die Hausordnung nicht um jeden Preis durchzusetzen. Streitereien mit Skateboardern und Radlern oder jemandem, der am Brunnenrand eine Flasche Wein trinkt und ein Baguette isst, sollen vermieden werden. Notfalls werde das abweichende Verhalten auch toleriert, sagt Matthias Klock [Property Manager im Sony

Center]. Deeskalation ist angesagt“ (OLKUS 2001). Möglicherweise verhält sich der Sicherheitsdienst auf Grund seltener störender Ereignisse auch zurückhaltender als in früheren Jahren. So berichtete eine Kommilitonin, vor wenigen Jahren noch während einer Umfrage für eine Schuluntersuchung des Centers verwiesen worden zu sein.

Einen wesentlichen Effekt für die Normierung durch formale Kontrolle dürfte die nahezu lückenlose Kameraüberwachung auf dem Gelände des Sony Center darstellen (vgl. Anhang A). Von den befragten Personen gaben 41 % an, sich dieser Maßnahme bewusst zu sein, und das, obwohl über 90 % der Menschen den Ort nur selten, meistens nur an einem Tag, besuchen. Es ist davon auszugehen, dass die Kameras durch ihre Wahrnehmbarkeit einen normierenden Effekt erzielen, was auch bewusster Zweck ihrer weithin im Forum sichtbaren Anbringung sein könnte (vgl. BELINA 2010, KAZIG/FRANK/REITER 2011).

Eine weitere Überraschung bei der Befragung mit Fragebögen waren die zum Teil deutlichen Antworten der offenen Frage nach (potentiell) störenden Personen oder Gruppen, die eine hohe Normerwartung bestätigen und die Intoleranz vieler Nutzerinnen und Nutzer widerspiegelt. Von allen genannten Personen oder Gruppen konnten lediglich „laute Personen“ bzw. „Schreihälse“ (von vier Personen genannt) sowie „Leute mit Fragebögen :)“ tatsächlich im Raum ausgemacht werden. Weiterhin kamen vier der 39 Befragten aus freien Stücken auf die Benennung von „Obdachlosen“, „Bettlern“ oder „Pennern“, zwei gaben „Betrunkene“ an. Ähnliche Antworten von „incivilitys“ waren „Punks“ oder „auffallend verhaltende Personen“. Neben sozialchauvinistischen Tendenzen reichten die Antworten bis zu rassistischen Aussagen wie dem Stören an „Demos von Islamisten bzw. Türken“. Weitere Antworten richteten sich gegen Demonstranten im Allgemeinen, „Pöbler“, Fußballfans oder unachtsame Menschen. Ebenfalls vier Personen nannten „Nazis“ bzw. „Rechtsradikale“. Lediglich die Antworten „Diebe“ und „Randalierer“ richteten sich gegen offenbar strafrechtlich relevante Verhaltensweisen. Eine wohl nicht für den Raum des Sony Center repräsentative Aussage bildete die Antwort „Jeder Mensch ist gleich und sollte auch so behandelt und respektiert werden“.

Die grundlegenden Handlungsmuster im Sony Center werden vor allem durch die Einrichtung des Raumes bestimmt, was sich auf die Aufenthaltsmöglichkeiten und die Kommunikativität auswirkt. Das gesamte Gelände ist zunächst durch „Bewegungsschläuche“ charakterisiert, die sowohl den Zustrom der Menschen in den Raum als auch die Bewegungen im Forum an sich regulieren. Zwischen den bereits erwähnten unzugänglichen Bereichen entstehen mögliche Bewegungslinien, die fast ausschließlich die Wahl zwischen Weiterlaufen, dem Verlassen des Raumes oder einem Ausscheren zum Stehenbleiben bzw. Sitzen zulassen (vgl. Anhang A). Die Anordnung architektonischer oder gastronomischer Grenzlinien schafft an verschiedenen Stellen Verengungen, die kanalisierend auf die Bewegungsdynamik einwirken. Selbst Linien der Bodengestaltung verdeutlichen die vorgegebene Bewegungsrichtung.

Sitzgelegenheiten außerhalb der gewerblichen Bereiche bilden vor allem Sitzleisten um den

Brunnen und die Vertiefung im Mittelpunkt, wobei die Wölbung dafür sorgt, dass die Sitzenden nicht zueinander, sondern strahlenförmig nach außen schauen. Sitzgelegenheiten außerhalb der stark frequentierten Bereiche finden sich nicht. Dabei bildet ein kaum genutzter Zugang eine Ausnahme, der mehrere Sitzgelegenheiten, Bäume sowie einen Spielplatz mit kleinem Sandkasten und Klettergerüst aufweist. An diesem weniger einsehbaren Ort sind häufig pausierende Angestellte der gastronomischen Einrichtungen zu beobachten, die vergleichbar der sozialen „Hinterbühne“ (GOFFMAN 2005: 99 ff.) ihre üblichen Verhaltensweisen ablegen und beispielsweise beim Rauchen oder gegenseitigem „Necken“ zu beobachten sind. Auch nutzen vereinzelt vorbeikommende Kinder oder auch junge Erwachsene das Klettergerüst, was im Verhältnis zum Gesamtraum eine untypische Situation darstellt.

Die eigentliche Aufenthaltsqualität des Sony Center ist also eher als gering einzuschätzen. Auch gibt es kaum ortsgebundene Anreize zur Kommunikation. Vor allem zieht eine große Videoleinwand an der Fassade der Kinemathek (Film- und Fernsehmuseum) Aufmerksamkeit auf sich, die neben Trailern des Museums auch Werbeaufnahmen lokaler Gewerbe zeigt und dabei zum Teil eine diffuse Geräuschkulisse von sich gibt. Ein gelegentliches Spritzen am Rand des Brunnens sorgt zwar bei Umsitzenden für kurze Verunsicherungsmomente, zu einer Interaktion mit anderen „Beteiligten“ führt dies jedoch meist nicht. Lediglich Fotografieren sowie seltenes „Nach-dem-Weg-Fragen“ waren Ereignisse, die eine Kommunikation einander fremder Menschen provozierten.

Die Bewertung der demokratischen Funktionalität des Sony Center ergibt im Endeffekt ein dem Anspruch eines „Forums“ konträr gegenüberstehendes Urteil. Es gibt nicht nur keine Partizipationsmöglichkeiten im Gestaltungsprozess, auch die Raumnutzung ist in hohem Maße vorbestimmt. Die nutzenden Individuen und Gruppen werden durch verschiedene Maßnahmen durch den Raum „gesteuert“ und stoßen kaum auf Freiräumlichkeit oder Kommunikativität. Daneben sorgt eine hohe soziale und erwartete formale Kontrolle für enge Verhaltensnormen. Für die Ausübung der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit bedarf es der Erlaubnis des Center Managements. Von einer demokratischen Funktion des Sony Center am Potsdamer Platz kann nicht gesprochen werden. Der Raum muss im Gegenteil als normiert, ausschließend und undemokratisch bezeichnet werden. Eine Kritik an diesem Zustand oder zunehmender Privatisierung öffentlicher Räume sollte sich nicht nur gegen die Instrumente der Raumkontrolle richten, sondern vielmehr auch das Paradigma exklusiver Erlebniswelten in Frage stellen. Es bleibt zu hoffen, dass der Anspruch des Architekten, mit dem Sony Center einen „Behälter für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung“ geschaffen zu haben (RAUTERBERG 2000: 1), in dieser Form unerfüllt bleibt.

7.2 Wohnquartier Rollbergkiez

In starkem Kontrast zum Sony Center und damit auch als Beispiel der an diesem Ort ausgegrenzten Lebensrealitäten steht das untersuchte Wohnquartier im Rollbergkiez in Neukölln. Zunächst erwies sich, dass sich die Situation und das Zusammenleben im öffentlichen Raum des Quartiers wesentlich uneinsichtiger und diversifizierter darstellt, als erwartet wurde und als in anderen Räumen üblich. Daher war eine verstärkte qualitative Annäherung an den Raum notwendig, die nicht nur durch Interviews mit lokalen Akteuren erfolgte, sondern im Wesentlichen auch auf Gesprächen mit im öffentlichen Raum angetroffenen Personen, meist aus einer Fragebogensituation heraus, aufbaute. Zwar überraschte im Allgemeinen eine starke Unzugänglichkeit der Nutzerinnen und Nutzer. Kam jedoch eine Befragungssituation zustande, waren viele Menschen sehr gesprächsbereit.

Entscheidende Einflussfaktoren sind die sozialen Prozesse und die starke Identifikation der Menschen mit dem Ort, da er für sie überwiegend Lebens- und Alltagsraum darstellt. Damit einher gehen enge nachbarschaftliche Beziehungen, die zur Auflösung der Anonymität, im Zusammenhang verschiedener Norm- und Wertvorstellungen aber auch zu Ressentiments, Konflikten und Exklusion führen können. Zunächst ist es also entscheidend, sich den sozialen Strukturen und Veränderungen im Viertel zu nähern.

Die Sozialdaten des Quartiers werden vor allem von einer geringen Einkommenssituation, einer jungen Bevölkerung, geringen Bildungschancen und einem hohen Anteil von Familien und Personen mit Migrationshintergrund charakterisiert. Die Arbeitslosenquote liegt mit über 15 % deutlich über dem Durchschnitt Berlins. Dazu sind mehr als ein Fünftel der Erwerbstätigen auf staatliche Leistungen angewiesen, da ihre Einkommen nicht zur Existenzsicherung ausreichen (SFSU 2012a). Etwa 40 % der Familien im gesamten Rollbergquartier haben einen türkischen oder arabischen Migrationshintergrund und stellen die mit Abstand stärksten Einwanderungsgruppen dar. Auf den Bereich der untersuchten Wohnanlage bezogen ist dieser Anteil noch deutlich höher (vgl. BACH 2009: 106 f.). Etwa ein Viertel der Bevölkerung ist jünger als 18 Jahre, mehr als 80 % der Kinder und Jugendlichen kommen aus Familien mit Migrationserfahrungen (SFSU 2012a). Aus der ökonomischen und sozialen Benachteiligung vieler junger Bewohnerinnen und Bewohner resultieren mangelnde Bildungschancen und ein entsprechend geringes Bildungsniveau.

Die Bevölkerungszusammensetzung veränderte sich stets mit der Geschichte des Viertels. Nach dem vollständigen Abriss eines alten „Arbeiterviertels“ im Zentrum des „Roten Neuköllns“ (BACH 2009: 102) im Rahmen des Flächensanierungsprogramms der 60er und 70er Jahre und der Neuerrichtung des Quartiers in seiner heutigen Erscheinungsform erfolgte ein nahezu vollständiger Austausch der Bevölkerung, die von Anfang an einen hohen Anteil damaliger Gastarbeiterfamilien aufwies. Die Sozialstruktur kann bis Anfang der 90er Jahre als positiv und integrativ bezeichnet werden. Auf Grund zunehmender sozioökonomischer Segregation war anschließend jedoch ein

„Umkippen“ der Stimmung zu beobachten, implizit einer zunehmenden Verunsicherung im öffentlichen Raum (vgl. ebd.: 104 f.). Dem „Abwärtstrend“ wurde ab Ende der 90er Jahre mit einer engen Vernetzung lokaler Akteure und Initiativen begegnet. Auch wurde versucht, die Sozialstruktur zu heterogenisieren. Vor allem letzteres scheiterte jedoch, da die Wahrnehmung des Viertels zunehmend von „Gewalt“, „Gesetzlosigkeit“ und „Verwahrlosung“ geprägt wurde, was sich teilweise bis in die Gegenwart fortsetzt. Viele Haushalte, die sich einen Wegzug leisten konnten, verließen das Viertel und wurden durch ökonomisch überwiegend alternativlose Zuzüge ersetzt. Anteil an der negativen Wahrnehmung des Quartiers hatte vor allem auch die mediale Vermittlung der Probleme, die bis in den Mainstream den Bezug zur Realität verlor und in einen gegenseitigen Wettstreit zu münden schien, den „härtesten“ Kiez zu zeichnen. Berichtet wurde ausschließlich über die Kriminalität und Gewalt jugendlicher Banden oder einer libanesisch-kurdischen Großfamilie, die demnach in der „verbotenen Stadt“ die Straßen, Drogen, Waffen und „Frauen“ kontrollieren. Den Höhepunkt stellten Berichte nach der Erschießung eines Polizisten während einer Hausdurchsuchung im Jahr 2003 dar (vgl. FÜCHSEL 2003, GÜNGÖR/ZIMMERMANN 2003).

Die stigmatisierende und einseitige Darstellung wirkte sich nicht nur auf die Außenwahrnehmung, sondern auch die Wahrnehmung und Identität der Bewohnerinnen und Bewohner aus, was eine objektive Betrachtung im Nachhinein nahezu unmöglich macht. Dennoch ist das Leben im öffentlichen Raum der Wohnanlage in den letzten 15 Jahren von vielen Wandlungsprozessen gekennzeichnet, die sich vor allem in den Bereichen der sozialen Kontrolle und Sicherheit sowie der Aneignungsgunst und Kommunikativität widerspiegeln. Kaum bestritten werden kann, dass ein öffentliches Leben und die Atmosphäre und Qualität des Raumes durch die aufgeführten Probleme stark beeinträchtigt wurden. Die Strategien, mit denen diesem Zustand begegnet werden sollte, und ihre Folgen machen den Raum zu einem interessanten Ort zur Untersuchung sozialer und formaler Kontrollmechanismen sowie ihrer Auswirkungen. Zudem zeigen sie die Schwierigkeit einer ausgeglichenen Kontrollbalance.

Entscheidend für soziale und räumliche Veränderungen waren die Etablierung eines engen Netzwerks nachbarschaftlicher Initiativen und Akteure ab etwa 1999 sowie die Erweiterung des bestehenden Einrichtungsangebotes. Die Initiativen richteten sich überwiegend an Kinder und Jugendliche, versuchten Bildungsangebote zu schaffen oder sich mit Gewaltprävention zu beschäftigen, strebten aber auch die Stärkung nachbarschaftlicher Beziehungen und Mitwirkungsmöglichkeiten an. Zu dieser Zeit hatten sich in einer Generation zuvor weitestgehend sich selbst überlassener Jugendlicher bandenartige Strukturen entwickelt, die sich entlang von Herkunftsgrenzen gegenüberstanden und als hauptsächlich für Verunsicherungen im öffentlichen Raum verantwortlich benannt werden können. Laut Aussagen der lokalen Akteure und einiger Befragter, die während dieser Zeit im Quartier wohnten und von persönlichen Gewalt- und Überfallerfahrungen berichten konnten, zeigte sich das öffentliche Leben stark eingeschränkt. So wurden die öffentlichen Plätze kaum zum Aufenthalt genutzt. Die öffentlichen Angebote schotteten sich zunehmend

nach außen ab. Die Wohnanlage entwickelte sich laut dem Quartiersmanagement in einen Angst-
raum, auch für Frauen, die häufig mit erniedrigenden Erfahrungen mit Gruppen männlicher
Jugendlicher konfrontiert wurden. Auch nachts hatten viele Menschen demnach Angst, sich im
Raum zu bewegen.

Da die verstärkten Initiativen für diese Probleme Ende der 90er Jahre zu spät einsetzten, ver-
folgten einzelne Akteure, vor allem ausgehend vom damaligen, seit 1999 bestehenden Quartiers-
management, ab etwa 2002 eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber auffälligen Personen, aber
auch gegen räumliche „signs of disorder“. Übergriffe und Vergehen wurden sofort zur Anzeige ge-
bracht, einzelne „Personen“ erhielten Aufenthaltsverbote für den von der kommunalen Wohnungs-
baugesellschaft Stadt und Land verwalteten Bereich der Wohnanlage. Dazu richteten sich Arbeits-
beschaffungsmaßnahmen gegen Graffiti, Verschmutzungen und Vandalismus. Höhepunkt war die
Installation von Überwachungskameras im Bereich der Mittelpromenade, die einen großen Teil der
Anlage überblicken. Dass Maßnahmen in dieser Form Probleme kaum lösen, sondern vor allem
verschieben, zeigte sich auch im Rollberg: Anwohnende berichten, dass sich die Jugendgruppen in
der Folge beispielsweise vermehrt im Bereich der angrenzenden Kienitzer Straße aufhielten und
weiterhin andere Personen bedrängten. Auch vor den „Schranken“, den physischen und eigen-
tumsrechtlichen Grenzen der Anlage, hielten sich nun häufig ähnlich wahrgenommene Gruppen
auf.

Dennoch wandelte sich die Situation ab etwa 2005 bis heute deutlich. Ein Bewohner der Gene-
ration meinte (sicher übertrieben), die Leute von damals seien nun „entweder im Knast, auf dem
Friedhof oder hätten geheiratet“. Die nachfolgenden Jugendlichen hätten die Folgen kennengelernt
und darauf nun „keinen Bock mehr“. Vor allem ist jedoch davon auszugehen, dass eine nachhal-
tiger angelegte soziale Arbeit Früchte trägt, denn neben „Peitsche“ bieten die lokalen Einrich-
tungen vor allem „Zuckerbrot“. Die älteren Angebote wie der MaDonna-Mädchentreff sowie der
Jugendclub Lessinghöhe wurden durch ein laut Quartiersmanagement nahezu als „Überangebot“
zu bezeichnendes Spektrum erweitert, welches bis heute versucht, einen Großteil der
Bewohnenden anzusprechen – allein innerhalb der Wohnanlage finden sich die Begegnungs-
zentren Morus 14 e.V. und das Haus der Begegnung, der Arabische Kulturverein AKI e.V., das
Rollbergatelier, der „Medienstandort Rollbergsiedlung“, ein Kinderclub sowie weitere Projektträger
innerhalb der Einrichtungen wie Theater-, Nachhilfe- oder Gewaltpräventionsprojekte. Daneben
existieren ein Zentrum der AWO und ein Büro des Quartierbeirates. Auch das Quartiers-
management-Büro ist an der Mittelpromenade zu finden. In der Umgebung befinden sich zahl-
reiche Schulen und Kindertagesstätten sowie weitere Angebote, auch für darüber hinausgehende
Zielgruppen wie das „Haus des älteren Bürgers“. Die Einrichtungen sind eng vernetzt und häufig
lokalen Initiativen entsprungen. Nur wenige externe Akteure sind beteiligt. Vor allem Stadt und
Land sowie der angrenzende Polizeabschnitt 55 sind durch eigene Angebote kooperativ ein-
gebunden.

Die Spuren der „Vergangenheit“ und „Unsicherheit“ finden sich jedoch nach wie vor – nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in den Köpfen der Bewohnerinnen und Bewohner. Zwar wissen nur wenige etwas mit den allgegenwärtigen Graffiti-Tags „Spinne 44“ anzufangen, doch stehen diese noch immer für den „Mythos“ der „den Kiez beherrschenden Jugendbanden“, speziell einer Gruppe männlicher Jugendlicher aus libanesisch-kurdischen Familien, die auch als stellvertretendes Beispiel verfehlter deutscher Integrationspolitik betrachtet werden können. Vor allem am Beispiel dieser während der 80er Jahre vor dem Bürgerkrieg im Libanon nach Deutschland geflohenen Großfamilien der „Mhallami“ zeigt sich, wie ein fehlendes Integrationsinteresse der Politik und Gesellschaft im Missstand mündet (vgl. MICHELERS 2011).

Zwar bestätigen nahezu alle Akteure und Befragten die deutliche Verbesserung der Situation und konnten aus den letzten Jahren kaum von Übergriffen und Gewalterfahrungen berichten. Dennoch wird eine vermeintlich weiterhin hohe Unsicherheit im Quartier auch durch die noch immer bestehenden formalen und institutionellen Kontrollmechanismen aufrechterhalten. So patrouillieren polizeiliche Fußstreifen durch das Rollbergviertel. Regelmäßig sind auch „Kiezläufer“ sowie in den Abendstunden ein privater Sicherheitsdienst anzutreffen, die jedoch auf Grund mangelnder Motivation oder adäquater Qualifikation selten konfliktlösend auftreten, sondern in entscheidenden Momenten wegschauen oder sich um musikalische Ruhestörungen aus Privatwohnungen kümmern. Auch besteht weiterhin die Kameraüberwachung, deren Verhältnismäßigkeit im Vergleich zu ihrem großen Eingriff in den direkten Lebensraum der Menschen hinterfragt werden kann und sollte. 62 % der Menschen sind sich der Kameraüberwachung bewusst, von den Menschen, die sich täglich im Untersuchungsraum aufhalten, sind es sogar 78 %. Signifikante Zusammenhänge zwischen diesem Bewusstsein und daraus begründeten Verhaltensunsicherheiten oder Veränderungen des Sicherheitsempfindens konnten auf Grund des geringen Stichprobenumfangs der Fragebögen an diesem Ort nicht nachgewiesen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein solches Bewusstsein Änderungen des Verhaltens nach sich zieht (vgl. BELINA 2010, KAZIG/FRANK/REITER 2011). In einem Wohnquartier wie dem Rollbergviertel ist dieser Umstand besonders kritisch zu sehen, da sich viele Menschen alltäglich dort aufhalten und teilweise privateste Handlungen vollziehen, die sie nicht im Rahmen einer übergeordneten Kontrollinstanz, sondern lediglich einer sozialen Nachbarschaft rechtfertigen wollen. „Überwacht“ war die dritthäufigste Nennung der Auswahlfrage den Raum beschreibender Adjektive. Die Kameraüberwachung wurde fast ausschließlich negativ kommentiert. Menschen, die sich der Überwachung bis zum Zeitpunkt der Befragung nicht bewusst waren, reagierten zum Teil äußerst erstaunt und negativ. Auch im Gespräch mit dem Quartiersmanagement, von welchem die Kameraüberwachung (jedoch in anderer Besetzung) ursprünglich ausging, sorgte die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Überwachung für Nachdenklichkeit: „Gute Frage, darüber haben wir noch nie nachgedacht“.

Darüber hinaus wird der Raum trotz der hohen Verbundenheit und engen Identifikation überwiegend mit negativen Bezeichnungen beschrieben. Knapp die Hälfte der Befragten empfindet den

Ort als „schmutzig“, obwohl Initiativen und Verwaltung einen hohen Aufwand betreiben, die Anlage zu pflegen und zu „säubern“. Die Unterbindung von „Vermüllung, Vandalismus, Verwahrlosung“ stellt sogar einen der Schwerpunkte der Quartiersarbeit dar, vor allem in der Initiative „Sauberer Kiez“ (QMR 2011: 13). „Auf den ersten Blick ist das Rollberg-Viertel eine saubere Gegend. Die Straßen und Wege sind nicht vermüllt und die Grünanlagen sind intakt“, lediglich die Eigeninitiative und ein entsprechendes Bewusstsein fehle bei vielen Anwohnenden (QMR 2012). Die Bezeichnung „schmutzig“ könnte daher vor allem in einem negativen Image des Viertel begründet liegen, welches den Meisten bewusst ist und direkt übertragen wird.

Durch die „Putzoffensive“ sind zwar positive Auswirkung auf die Umweltsituation zu erwarten, zumal damit Projekte zur ökologischen Bewusstseinsstärkung einhergehen. Außerdem werden die ästhetischen Erwartungen zumindest von einem Teil der Nutzenden erfüllt. Eine Perspektive, dass die „Qualität des Wohn- und Lebensraums“ durch mehr als nur seine „Säuberung“ erreicht wird, entwickelt sich jedoch nur langsam (vgl. QMR 2011: 13 ff.). Dabei ist der öffentliche Raum des Quartiers einer der Schlüssel, um alle Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen und somit für eine Verbesserung der schwelenden sozialen Probleme zu sorgen. Denn trotz der Verbesserungen wird deutlich, dass sich im Viertel verschiedene Gruppen begegnen, die getrennt nach verschiedensten Merkmalen wie ihrem Alter oder ihrer Herkunft kaum gegenseitig in Kontakt kommen und „unter sich“ bleiben (vgl. BACH 2009: 107). Vor allem werden relevante Anteile der Bevölkerung nicht von den Angeboten sowie zahlreichen Mitbestimmungsmöglichkeiten erreicht, da auch nur wenige aktivierende Maßnahmen unternommen werden, um diese Personen und Gruppen einzubinden. Dass hier großer Handlungsbedarf besteht, wird auch vom Quartiersmanagement und anderen Akteuren bestätigt. Erfahrungen im öffentlichen Raum zeigen, dass Miteinander und Integration dort wesentlich besser funktionieren, da die Hürde einer Bürotürschwelle und der Institution verschwindet. So konnten mit „Terrassengesprächen“ vorher nie involvierte Menschen angesprochen werden. Auch Angebote und Stände während temporärer Ereignisse, die mehrmals jährlich in der Anlage stattfinden, sind gut besucht. Die institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten werden dagegen nur von einer „engagierten Elite“ wahrgenommen, wie das Quartiersmanagement bestätigt. Dazu gehören insbesondere relevante Entscheidungsgremien wie der Quartiersbeirat, die aus Bewohnerinnen, Bewohnern und Akteuren zusammengesetzt sind und über die sich die Möglichkeit einer breiten Mitbestimmung ergeben.

Die „Öffentlichkeit“ der Einrichtungen sowie die des öffentlichen Raumes finden somit trotz immer wieder betonter enger Nachbarschaft nur selten zueinander. Dabei zeigt sich durchaus ein reges öffentliches Leben zwischen den fünf nahezu gleichförmigen „Ringblöcken“ der Anlage. Vor allem dem Falkplatz, an der Stirnseite der Mittelpromenade gelegen, kommt eine wichtige Aufenthaltsfunktion zu. „Hier hat das Viertel den Charakter eines Dorfs. Hier kennt jeder jeden und die Menschen kommen miteinander ins Gespräch“ (BACH 2009: 104). Tatsächlich halten sich bei angenehmen Wetterverhältnissen vor allem vom Nachmittag bis zum Einbruch der Nacht fast immer

Menschen auf dem mit vielen Sitzgelegenheiten ausgestatteten Platz auf, die teilweise in größeren Gruppen ins Gespräch kommen. Häufig sind Frauengruppen, offenbar mit Migrationshintergrund, zu beobachten. Doch auch Familien mit Kindern oder Ältere und „Alteingesessene“ nutzen den Platz, der somit als das „Forum“ des Viertels bezeichnet werden kann.

Auch außerhalb des Platzes ist „Begegnung“ fester Bestandteil der Nutzung – schon auf Grund der zentralisierten Mittelpromenade und zahlreicher weiterer Aufenthaltsmöglichkeiten, die teilweise den Charakter von Rückzugs- oder Freiräumen annehmen können. Die „Atmosphäre“ des Kiezes ist dabei allgegenwärtig und wird vor allem durch spielende Kinder geprägt, die ab dem späten Vormittag bis zur Dämmerung auf den Wegen, vor allem aber den Spielplätzen spielen, die durch großzügige, das Bild des Raumes ebenso maßgeblich prägende Bepflanzungen abgeschirmt sind. Zwei Drittel der mit Fragebögen befragten Personen gaben vor dem Hintergrund dieser Kinder an, die Wohnanlage sei „laut“, sind sich jedoch häufig ebenso bewusst, dass diese Kulisse ihre Berechtigung hat, wie ein Bewohner formuliert: „Aber Kinderlärm kann ja eigentlich nicht als laut bezeichnet werden“.

Die Begegnungsvielfalt ist jedoch trotz dieser Möglichkeiten als eingeschränkt zu bewerten. Auf Grund der fehlenden Nutzungsvielfalt des reinen Wohnquartiers – selbst in den umliegenden Straßen finden sich kaum Einzelhandels- oder Gewerbenutzungen – „gibt es kaum Anlass für Außenstehende, ins Viertel zu kommen. Daher wirkt das Viertel verkehrsmäßig angenehm ruhig, sehr auf sich bezogen, aber auch nur wenig in sein städtebauliches Umfeld integriert“ (BACH 2009: 104 f.).

Schwerer zu bewerten sind die wirkliche „Anonymität“ der Anwohnenden sowie in wie weit die hohe soziale Kontrolle durch die auf Grund der kleinteiligen Struktur der Wohnanlage bestehenden engen nachbarschaftliche Kontakte (QMR 2011: 5) zu einer realen Verhaltensnormierung führt. Trotz der ökonomisch und sozial homogenen Zusammensetzung der Bevölkerung zeigen sich völlig unterschiedliche Lebenserfahrungen sowie Normen- und Wertvorstellungen, was sich positiv auf „fremde“ Erfahrungen und eine tolerante Umgangskultur auszuwirken scheint. So treffen beispielsweise die „freizügigen“ Interessen eines zunehmend zuziehenden studentischen Milieus auf häufig traditionellere Vorstellungen von Migrantinnen und Migranten, deren Alltag wiederum den meisten alteingesessenen „Deutschen“ fremd erscheint. Dabei entstehen auch Konflikte, wie sie zur Aushandlung der gegenseitigen Interessen notwendig sind. So erzählte eine ältere Frau, die zu den Erstbezieherinnen gehört, ausgiebig, wie sie sich an den von offenbar migrantischen Frauen weggeworfenen Nusschalen störe und mit diesen Frauen diskutiere, wie das Problem zu lösen sei. Dass ein fehlender Austausch zwischen den Gegensätzen vorurteilsfördernd sein kann, beweisen dagegen Aussagen mehrerer „Deutscher“, die „die vielen Ausländer“ als ursächlich für die Probleme im Kiez identifizieren und sich beispielsweise eher an der Erscheinung „turbantragender“ Männer stören. Von direkten Kontakten mit Menschen mit „muffelnden Umhängen“ konnten sie jedoch noch nicht berichten.

Alles in allem ist das untersuchte Wohnquartier im Rollbergviertel ein Raum der Gegensätze, so-

wohl, was die polarisierten Meinungen und Wahrnehmungen (vgl. Anhang F), als auch die Vorstellungen und Lebensstile der Nutzenden angeht. Diese Gegensätze scheinen „nebeneinander“ ohne konfliktreiche Herrschaftsansprüche existieren zu können, ein „Miteinander“ kommt jedoch kaum zustande. Dennoch bietet der Raum Möglichkeiten der Begegnung und Kommunikation. Als Beispiel sei eine zufällige Begegnung (außerhalb der Feldphase ohne Befragungsinteresse) angeführt, aus der sich innerhalb einer Minute ohne persönliche Kenntnisse des Gegenübers eine kurze Diskussion darüber ergab, ob der Ramadan die fastenden Menschen aggressiv mache oder ob er eher eine beruhigende Wirkung entfalte.

„Die insgesamt sehr heterogen zusammengesetzte Rollberger Bewohnerschaft mit ihren unterschiedlich geprägten Lebenserfahrungen und Wertvorstellungen bietet die Chance, Integration wirklich zu leben. Dafür braucht es ein erhebliches Maß an Toleranz, Offenheit und Neugier auf ‚den/die Andere‘“ (QMR 2011: 28). Um dieses Ziel zu fördern, kann der öffentliche Raum einen wichtigen Beitrag leisten, wenn er von den zahlreichen institutionellen Angeboten verstärkt genutzt wird, um in Kontakt mit bisher „lokalpolitisch“ kaum berücksichtigten Gruppen und Personen zu treten. Möglichkeiten der Mitbestimmung und Gestaltung finden sich zahlreich, liegen bisher jedoch vor allem hinter den Türschwellen, die von vielen nicht überschritten werden können. Der öffentliche Raum ist dagegen vielseitig genutzt, bietet zum Teil auch Rückzugsmöglichkeiten und Freiräumlichkeit im begrenzten Maße der engen Wohnanlage. Er weist eine wechselhafte, lokal begrenzte demokratische Funktionalität mit hohem Ausbaupotential auf.

7.3 Tempelhofer Park

Seit der absehbaren Abwicklung des Flugbetriebs auf dem ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof hat sich rund um die damit ergebende Freifläche in günstiger städtischer Lage eine dynamische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Akteuren der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. Während eine Fläche dieser Größe und Lage für die eine Seite enormes ökonomisches Potential verspricht, sehen andere Seiten eine entscheidende stadtoökologische Bedeutung, vor allem jedoch einen Freiraum für die allgemeine Betätigung und eigeninititative Gestaltung. Dementsprechend ist eine rege Diskussion über die Entwicklung des Raumes entstanden, in deren Verlauf sich gesellschaftliche Akteure immer wieder Mitbestimmungsmöglichkeiten erkämpft haben und die Funktionsweisen verschiedener Formen der „Bürgerbeteiligung“ sichtbar werden.

Bereits 1994 wurde von der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ein erstes Gutachten in Auftrag gegeben, um die Rahmenbedingungen einer Nachnutzung zu erörtern. In den nächsten Jahren folgten unter ausschließlicher Beteiligung von Planungsbüros und „Expertengremien“ mehrere „Konzept-, Zukunfts- und Ideenwerkstätten“, um konkretere Planungen zu skizzieren. Auf Grund der ökologischen und stadtidentitären Situation stand dabei immer eine Parkanlage im Zentrum der Planung. Erst im Jahr 2007, ein Jahr vor der Stilllegung des Flugbe-

triebs, fand eine erste Stufe der Bürgerbeteiligung in Form eines Onlinedialogs statt (SFSU 2012d).

Große Flächen des Flugfeldes waren jedoch während aller Planungsphasen für eine Bebauung vorgesehen. Die noch immer gültige Fassung des Flächennutzungsplanes sieht für die etwa 300 ha große Freifläche auf etwa 140 ha anderweitige Nutzungen für neue Wohnquartiere und gewerbliche Bauflächen vor (SFSU 2012e). Aktuelle Vorhaben haben von diesen Größenordnungen jedoch wieder Abstand genommen. Im Allgemeinen ist die derzeitige Planungssituation jedoch stark umstritten und wenig konkret, vor allem, da im Mai 2010 die Öffnung des Areals für die öffentliche Nutzung erfolgte und damit einhergehende Strukturen und Interessen inzwischen zu einem wesentlichen Einflussfaktor geworden sind.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in die Diskussion einbringen, betrachten die Ereignisse meist auch aus sozialen Perspektiven unter Verweis auf eine mögliche Aufwertungs- und Verdrängungsproblematik durch neue Stadtquartiere in „idyllischer“ Parklage und nehmen Bezug auf den Right to the City-Diskurs, in dem das große partizipative Potential der Freifläche betont wird. Schon ein Jahr vor der Eröffnung demonstrierten mehrere Tausend Menschen mit einer versuchten „Massenbesetzung“, bei der das Areal des ehemaligen Flughafens nach der Devise „Wir haben ein Recht auf diese Stadt und auf dieses Gelände“ in einem Akt zivilen Ungehorsams „erobert“ werden sollte (vgl. SQUAT TEMPELHOF 2009). Auch außerhalb des aktionspolitischen Spektrums bekundeten viele Anwohnende ein Interesse an einem öffentlich zugänglichen Park ohne zusätzliche oder „exklusive“ Bebauung. Dies führte zur Entstehung verschiedener Bürgerinitiativen, die sich heute hauptsächlich in der „Initiative 100% Tempelhofer Feld“ gebündelt haben (vgl. ITF 2012). Hauptkritikpunkt war lange auch die geplante Internationale Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2017, die zu einer weitgehenden Umgestaltung und teilweisen Unzugänglichkeit der Fläche führen sollte. Im Juli 2012 gab die Senatsverwaltung die Pläne jedoch auf und plant die IGA nun in Marzahn, wobei unter anderem die „positive Entwicklung“ der Freifläche eine Rolle spielte: „Die Berlinerinnen und Berliner haben sich die Parkfläche für ihre Freizeit erobert und die künftige Parklandschaft soll ihnen auch in Zukunft uneingeschränkt zur Verfügung stehen“ (SFSU 2012g). Die Bedeutung der Verschiebung für die weiteren Planungen scheint noch nicht abzusehen, ein Bebauungsplan für einzelne Randbereiche soll jedoch noch im Jahr 2012 vorgestellt werden. Die formale Entwicklung der Parkanlage wird unter dem Namen „Tempelhofer Freiheit“ durch die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragte „Tempelhof Projekt GmbH“ in Kooperation mit der „Grün Berlin GmbH“ organisiert, wobei der Aspekt der Bürgerbeteiligung stark betont wird (SFSU 2012b: 2). Das Gelände ist seit 2009 vollständig Eigentum des Landes Berlin.

Tatsächlich kann jedoch seit der Öffnung des Geländes von einer großen Aneignungsgunst und „Eroberung“ durch die Bevölkerung gesprochen werden, so dass der derzeitige Charakter des Raumes durch Tätigkeiten und Gestaltungen der Nutzerinnen und Nutzer, eingebettet in die Struktur der ehemaligen Rollbahnen, geprägt wird. Vor allem bei gutem Wetter wird das Gelände stark frequentiert, überwiegend von den Bewohnenden der naheliegenden Ortsteile Neukölln, Tempelhof

und Kreuzberg, aber auch der anderen Stadtbereiche sowie weiteren Besucherinnen, Besuchern und Touristen. Dabei zeigen sich verschiedene Nutzungsmuster und -gruppen, die im Rahmen der nahezu ausschließlich auf Freizeitbetätigung ausgelegten Funktionszuordnung eine hohe Heterogenität aufweisen. Auf Grund der optischen Erscheinung, vor allem durch Lenkdrachen, Kitesurfer, Fahrradfahrerinnen, Jogger oder Skaterinnen scheinen zunächst sportliche Tätigkeiten zu dominieren. Auf den zweiten Blick fallen jedoch zahlreiche „nicht-sportliche“ Flächen wie Hunde- und Grillwiesen, Gemeinschaftsgärten, Kunstprojekte oder die einfache Wiese zum Sitzen auf (vgl. Anhang C). Das große Flächenangebot ermöglicht auch ungewohnte Betätigungen und bietet Rückzugsorte und Nischen. In ökologischer Hinsicht wird die Flächenverteilung stark durch große Vogel- und Pflanzenschutzflächen diversifiziert.

Innerhalb von drei ausgewiesenen Bereichen bietet sich die wichtige Mitgestaltungsmöglichkeit sogenannter „Pionierflächen“, die durch die Pläne der IGA zunächst temporär bis 2014 bzw. im Bereich der Oderstraße bis 2016 ausgelegt waren. Interessierte Projekte müssen sich dafür in einem Verfahren bewerben, bei dem ein „Fachbeirat“ – ausschließlich aus politischen Akteuren und „Fachberatern“ zusammengesetzt – über eine Vergabe entscheidet (SfSU 2012f: 3). Die Vergabe richtet sich vor allem nach einer ökonomischen Tragfähigkeit der Projekte. Zudem ist eine Einpassung in vorgegebene, jedoch breit ausgelegte Themenbereiche notwendig, die durch die „Leitbilder der Tempelhofer Freiheit“ bestimmt sind: „Wissen und lebenslanges Lernen“, „Interreligiöser Dialog“, „Saubere Zukunftstechnologien“, „Sport, Gesundheit und Wellness“, „Integration der Quartiere“ sowie „Bühne des Neuen“. Die Projekte erhalten keine weitere Unterstützung und sind zu einem Nutzungsentgelt in Höhe von einem Euro pro Quadratmeter pro Jahr verpflichtet (ebd.: 3), was für die Flächen üblicherweise einen Betrag von mehreren Tausend Euro pro Jahr bedeutet. Zur Zeit werden etwa 18 Pionierprojekte realisiert, darunter auch kommerzielle Angebote wie ein Segway-Verleih oder eine „Nature Art“-Minigolfanlage. Überwiegend finden sich jedoch Vorhaben von Interessierten der Umgebung zur Verwirklichung eigener Ideen. So stellt der Gemeinschaftsgarten „Allmende-Kontor“ eines der bekanntesten Projekte dar, welches sich explizit an „alle“ richtet und sich als unkommerzielle Plattform für urbane und gemeinsame Landwirtschaft versteht.

Eine sehr hohe Freiräumlichkeit des Parks wird von den Nutzenden bestätigt. Sie hängt eng mit der Atmosphäre des Ortes zusammen, die vor allem durch den Gegensatz zur städtischen Umgebung gekennzeichnet ist. Zudem zeichnet sie sich durch die mit Bewegungsfreiheit assoziierte Weite des Flugfeldes und einen scheinbaren Horizont aus. Gleichzeitig scheint diese Weite ausschließlich durch die Tätigkeiten der darin handelnden Menschen bestimmt. Es entwickelt sich ein „anarchistischer Charme“, da vielen Menschen zunächst keine politische oder formale Kontrolle bewusst ist. Daher stößt auch die gelegentliche Präsenz von Ordnungskräften überwiegend auf Ablehnung (vgl. Anhang F), die regelmäßig in Fahrzeugen eines „Gebäudeservice“ durch den Park fahren. Ein Viertel der Menschen beschrieben sogar „Polizei“, „Sicherheitspersonal“ oder „Ordnungsamt“ in offener Fragestellung als störend.

Trotz gelegentlicher Präsenz der Sicherheitskräfte und einer regulierenden Benutzungsordnung, die an den Eingängen ausgehängt, aber kaum wahrgenommen wird und vor allem Tätigkeiten wie Campieren oder offenes Feuer ausschließt (vgl. SFSU 2012h), können die Tätigkeits- und Verhaltensvielfalt sowie die Zusammensetzung der Nutzenden als heterogen beschrieben werden. Die Auswertung der Fragebögen deutet auf eine geringe Verhaltensunsicherheit hin. Es sind zudem verschiedenste soziale Gruppen, Personen und Lebensstile auszumachen. Grundsätzlich scheinen auf Neuköllner Seite eher ein „städtisch-alternatives“ Milieu sowie Migrantinnen und Migranten zu überwiegen. Dagegen scheint der nördliche Parkabschnitt in Richtung Columbiadamm kommerzieller und durch Familien einer ökonomischen Mittelschicht geprägt. Insgesamt dominieren junge Erwachsene bis Mitte 40, doch sind alle Altersgruppen vertreten. Die durch die Fragebögen erhobenen Einkommensverhältnisse spiegeln in erstaunlicher Übereinstimmung die Einkommensverhältnisse in Deutschland wider. Von Exklusion bestimmter Gruppen kann kaum gesprochen werden. Der Aussage „Diesen Ort können alle Menschen nutzen“ konnten 80 % der Befragten voll zustimmen, was deutlich über den Ergebnissen der anderen untersuchten Teilräume lag (56 bzw. 62 %).

Nicht nur deshalb ist die „Begegnung mit dem Fremden“ alltäglich im Tempelhofer Park. Aber gerade weil ungewöhnliche Sportgeräte, Tätigkeiten oder Lebensstile zur „Normalität“ werden, stellen Gegensätze kaum eine Herausforderung dar – vielleicht auch, weil soziale und ökonomische Differenzen im Park kaum eine Rolle spielen. Vor allem scheint jede Handlung einen Ort der ungestörten und unstörenden Ausführung zu finden, ohne dass sich dabei ein unbeteiligtes Nebeneinander einstellt. Immer wieder treten Menschen zufällig in Interaktion, auch wenn es kaum Orte eines aktiven kommunikativen Austauschs gibt (wie beispielsweise Gemeinschaftsgärten, die einen gemeinsamen „Dorfplatz“ planen). Die allgemeine Sichtbarkeit durch das offene Gelände scheint das Maß sozialer Kontrolle zu ermöglichen, das den Ort als allgemein nutzbaren Raum ohne Unsicherheitsgefühle oder Wohlfühlbeschränkungen bewahrt. Von den 39 Befragten empfand niemand den Raum als unsicher, nur zwei Personen gaben an, er sei „schmutzig“.

In gewissem Kontrast zum Raum steht auch atmosphärisch die zentrale Vogelwiese. Bereits ab einer Entfernung von etwa 50 Metern zur äußeren, lediglich durch „wilden“ Grasschnitt und vereinzelte Schilder gebildeten Grenze ist eine starke Veränderung der Raumsituation zu spüren, die vor allem durch grillenzirpende Ruhe und eine ungewohnte Einsamkeit geprägt ist. Wer die durchkreuzenden Wege nutzt, verhält sich scheinbar der ökologischen und umgebenden Situation angepasst. Niemand würde einen Drachen steigen lassen. Dafür liegen vereinzelt Menschen im hohen Gras einige Meter vom Weg entfernt, die Rückzugsorte für intimste Tätigkeiten finden können.

Entsprechend den Ausführungen sind im eigentlichen Raum und seiner Nutzung kaum Konflikte festzustellen. Die Befragten und Gesprächspartner nannten nicht einmal unvorsichtiges Kitesurfen oder Radfahren. In dieser Kategorie wurde lediglich auf die Problematik freilaufender Hunde hingewiesen (die jedoch nicht beobachtet werden konnten). Außer einer Person, die sich an einem vor-

abendlichen Techno-Event auf dem Gelände der ehemaligen Terminals störte, wurden vor allem potentielle Störungen benannt, die sich eher auf das gemeinsame Miteinander beziehen, so vor allem die Zerstörung eigeninitiativer Gestaltung oder das Zurücklassen von Abfällen. Normierende, kaum der Raumsituation entsprechende Nennungen wie „alkoholisierte Menschen“ oder „sehr laute Feiern“ waren kaum festzustellen.

Durch die klare funktionale Zuordnung sind jedoch Nutzungskonflikte zu erwarten, wenn beispielsweise Projektflächen in gewohnte Umgebungen „eindringen“. So wurde ein Konflikt zwischen dem Pionierprojekt „Arche Metropolis“ und dem angrenzenden Modellflugbereich ausgemacht, da die Projektfläche, auf der ein über 100 Meter langes Schiff entstehen soll, einen großen Teil des ehemaligen Modellflugbereichs einnimmt und an dieser Stelle kaum Ausweichraum zur Verfügung steht. Auch besteht bei der Entwicklung des noch jungen Raumes großer Bedarf danach, bisher kaum berücksichtigte oder beteiligte Gruppen einzubeziehen. Das kann bereits durch dringend benötigte Schatten und Rückzug gewährende Baumpflanzungen in passenden Bereichen, vor allem im Norden des Areals, realisiert werden, um beispielsweise bei großer Sonneneinstrahlung den Aufenthalt von älteren Menschen und Kindern zu ermöglichen. Ebenso könnte über die Schaffung kommunikativer Zentren, beispielsweise durch sinnvoll gruppierte und gestaltete Sitzbereiche, nachgedacht werden.

Im Allgemeinen stellt sich die Situation der demokratischen Funktionalität des Tempelhofer Parks jedoch positiv dar. Eine weitere Gestaltung des Freiraums ist notwendig. Vor allem sollten dabei Interessen bisher kaum berücksichtigter Gruppen bedient werden. Der partizipative Charakter der Raumproduktion ist hoch, musste jedoch in einem ständigen Prozess gegen politische Interessen durchgesetzt werden. Formale Regulationsmechanismen werden überwiegend als ungerichtmäÙigte Eingriffe in den „selbstverwalteten“ Charakter des Raumes gesehen und könnten durch eine funktionierende und ausgeglichene soziale Kontrolle ersetzt werden. Urteile über ein Entfernen des das Areal umgebenden, jedoch mit zahlreichen Eingängen versehenen Zauns oder eine Aufhebung der am Tageslicht ausgerichteten „Öffnungszeiten“ können nach diesen Überlegungen allerdings noch nicht gefällt werden und bedürfen erweiterter Überlegungen.

Jedoch ist davon auszugehen, dass die Bebauungs- und Parkplanungen des Landes Berlin negative Auswirkungen auf die demokratische Funktionalität, die Freiräumlichkeit und den partizipativen Charakter haben und sich zum Teil derzeit angesprochene Gruppen aus dem Raum zurückziehen werden, was einen Verlust öffentlichen Raums bedeuten würde. Vielmehr bietet sich auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof die ideale Gelegenheit, einen in hohem Maße gesellschaftlich selbstbestimmt produzierten, offenen und toleranten „Ort der Aneignung“ zu schaffen.

8 Fazit und Fehlerbetrachtung

Dem eingeschränkten Umfang dieser Arbeit ist zu schulden, dass eine umfangreiche Sozialraumanalyse mit aussagekräftigen qualitativen Methoden wie offenen Interviews nicht geleistet werden konnte. Stattdessen gab jedoch auch der angewendete Methodenmix qualitativer und quantitativer Instrumente einen guten Einblick in die Teilräume sowie die Mechanismen ihrer Produktion und ließ empirisch belegbare Aussagen zu. Vor allem die teilnehmende Beobachtung ist ein unverzichtbares Mittel für diese Untersuchungen, um zunächst Theorie- und Erklärungsversuche aufzustellen und diese anschließend durch Gespräche und Interviews zu verifizieren und präzisieren.

Doch auch die Fragebogenerhebung gab überraschend klare Einblicke. Erhoffte signifikante Zusammenhänge konnten jedoch nicht ermittelt werden, vor allem, weil die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungsgebiete sehr raumspezifisch zu betrachten sind, pro Teilraum aber nur ein geringer Stichprobenumfang zustande kam. Korrelationen verschiedener Parameter über die Gesamtheit der Stichproben aus allen Teilräumen sind statistisch daher ebenso selten aussagefähig. Beispielsweise sind Einkommensverhältnisse und Raumwahrnehmungen direkt vom jeweils untersuchten Ort abhängig. Lediglich Parameter, die örtlich unabhängig ausgeprägt sind, lassen Korrelationen zu. So konnte überraschenderweise signifikant eine schwache Korrelation zwischen Geschlecht und Verhaltensunsicherheit festgestellt werden, und zwar dahingehend, dass Frauen sich an einem Ort eher so verhalten können wie sie möchten als Männer. Dieser Zusammenhang ist zwar auch in den einzelnen Teilräumen zu beobachten, jedoch nur im Rollbergkiez signifikant und deutlich ausgeprägt. Dieser Effekt könnte auf einen systematischen Fehler bei der Befragung im Rollbergquartier hinweisen, wobei ursächlich sein könnte, dass vor allem ältere muslimische Frauen auf Grund fehlender Sprachkenntnisse nicht mit einem deutschsprachigen Fragebogen erreicht werden konnten. So wurden überwiegend die Wahrnehmungen „selbstbewusster“ Frauen mit guten Deutschkenntnissen erfasst, denen auf männlicher Seite offenbar häufiger traditionellere Normvorstellungen gegenüber stehen.

Im Allgemeinen kann der Einsatz des Fragebogens aber positiv bewertet werden. Zwar konnten auch zahlreiche Personen, offenbar Touristen, im Sony Center nicht an der Befragung in deutscher Sprache teilnehmen, ein verzerrender Effekt ist hier jedoch kaum zu befürchten. Die Fragestellungen sowie das Fragebogendesign, speziell auch die Skalafragen, erwiesen sich in allen Teilräumen als verständlich.

Die Fragebogensituation stellte in allen Untersuchungsräumen, vor allem jedoch im Rollbergviertel, eine gute Gelegenheit dar, weiterführende Gespräche mit Nutzenden zu führen. Teilweise hatten Menschen sogar gar kein Interesse daran, den Fragebogen auszufüllen, obwohl sie sich in Gespräche verwickeln ließen. Diese teilweise nur kurzen, oft aber auch längeren Gespräche

lieferten wesentliche qualitative Erkenntnisse, was bereits darauf hindeutet, dass eine vertiefte Sozialraumanalyse im wesentlichen auf qualitativen Interviews mit den Nutzerinnen und Nutzern aufbauen sollte.

Die Wahl der Untersuchungsgebiete kann als speziell und wenig den allgemeinen Stadtraum repräsentierend bezeichnet werden. Dennoch wurden modellhaft Räume verschiedener, für die heutige Gesellschaft wesentlicher Funktionalität beschrieben, so dass die Ergebnisse zum Teil als Grundlage zur Untersuchung anderer oder ähnlicher Räume des Konsums, Wohnens und der Freizeit genutzt werden könnten.

IV Ausblick

9 Das Paradigma der demokratisch funktionalen öffentlichen Räume

Doch was bringt es nun, die demokratische Funktionalität einzelner Orte festzustellen (oder auch nicht)? Es ist deutlich geworden, dass es grundlegend notwendig ist, dass öffentliche Räume für alle Teile der Gesellschaft zugänglich sind, dabei vor allem aber auch für alle eine Nutzbarkeit entfalten und somit Individualität und ein heterogenes Umfeld fördern. Dafür ist es von großer Bedeutung, dass sich Beteiligungsmöglichkeiten finden und Menschen direkt einbezogen werden, um ihre Interessen aus einer direkten erfahrbaren Räumlichkeit heraus kenntlich zu machen.

Dabei geht es jedoch nicht um die Schaffung gleichförmiger und auf gleiche Weise funktionierender Räume. Natürlich gibt es dort Kinos und Restaurants, hier eine Wohnanlage und an einem anderen Ort wiederum eine Wiese oder einen Park. Doch darf sich keiner dieser Orte zu einer exklusiven Parallelwelt entwickeln, die grundsätzlich bestimmte Gruppen ausschließt, da an ihrer Anwesenheit kein ökonomisches oder soziales Interesse besteht. Gegenwärtige politische, planerische und städtebauliche Diskurse scheinen dazu jedoch im Widerspruch zu stehen, denn die Gestaltung heutiger öffentlicher Räume richtet sich häufig vor allem nach ästhetischen oder monofunktionalen Gesichtspunkten, die sich immer wieder nur an einem Teil der Bedürfnisse der Gesellschaft ausrichten. Damit geht an diesen Orten die Möglichkeit sozialen Austauschs verloren. Die Folge ist Segregation und eine Manifestierung oder Verstärkung der gesellschaftlichen Gegensätze.

Darüber hinaus können öffentliche Räume auch einen wichtigen „lokalpolitischen“ Raum darstellen, wie das Beispiel des Rollbergkiez gezeigt hat. Auch in größerem Maßstab ist „die Straße“ (oder auch „die Stadt“) noch immer wichtiges Sprachrohr der Gesellschaft, um am politischen Prozess teilzuhaben oder sich dieses Recht zu erkämpfen. Nicht zuletzt die Ereignisse des Arabi-

schen Frühlings haben gezeigt, wie entscheidend die Aneignung öffentlicher Räume für emanzipatorische Prozesse sind. Auch wenn Wandlungsprozesse zu einem Verlust seiner traditionellen Funktionen geführt haben (vgl. KLAMT 2007: 50 ff.), kann auf der Bühne des öffentlichen Raums durch zunehmende mediale Vermittlung ein immer größeres Publikum erreicht werden, womit seine Aneignung an Bedeutung gewinnt (GLASZE 2001: 263, vgl. auch HABERMAS 1990: 49). Wird von einem „Verfall“ öffentlicher Räume gesprochen oder davon, dass öffentliche Räume immer seltener zum Ort kommunikativer Interaktionen werden (vgl. SCHUBERT 2000: 28), könnte dass nicht nur an gesellschaftlichen Wandlungsprozessen – beispielsweise einer zunehmenden Beschleunigung der Lebensabläufe – liegen, sondern auch an einem Mangel von Aneignungsgunst zunehmend fehlproduzierter Orte.

Zur Überwindung dieses Zustands braucht es ein Paradigma demokratisch funktionaler öffentlicher Räume. Dieses muss zunächst auf politischen und planerischen Ebenen zu einem Diskurswechsel in Bezug auf die gegenwärtige Schaffung bereinigter Erlebnisswelten führen, hin zu einem Zustand der Schaffung wirklich „öffentlicher“ Räume. Ebenso darf gesellschaftliche Partizipation nicht weiter als legitimierendes und notwendiges Beiwerk, sondern als bestimmender Einflussfaktor verstanden werden. Doch auch die Gesellschaft oder ihre beherrschenden Strömungen an sich müssen sich fragen, ob ihre Ansprüche nicht im Widerspruch zu ihren demokratischen Grundwerten stehen, denn offenbar besteht kein Interesse am Kontakt mit der sozialen Wirklichkeit, die von den „scharfen Messern“ der bürgerlichen Ordnung und Norm abgetrennt werden (BAUMAN 1997: 117). Natürlich ist eine Welt ohne Obdachlosigkeit und Armut eine bessere, doch Exklusion und Diskriminierung werden diese Welt nicht schaffen, sondern soziale Probleme verschärfen. Solange nicht nachhaltig an dieser Welt gearbeitet wird, müssen Begegnungen im öffentlichen Raum so „unangenehm“ wie die Wirklichkeit bleiben.

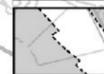
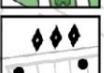
Orte, die gesellschaftliche Differenzen sicht- und erlebbar machen, tragen auch dazu bei, Probleme und Missstände „an die Öffentlichkeit“ zu bringen und zu bekämpfen. Gleichzeitig ermöglichen eine tolerante Umgebung und der gleichberechtigte Austausch zunehmend den herrschaftsfreien Diskurs, um einen demokratischen und progressiven Gesellschaftsprozess in Gang zu setzen.

V Anhang

Anhang A - Kartierung Sony Center am Potsdamer Platz.....	41
Anhang B - Kartierung Wohnquartier Rollbergkiez.....	42
Anhang C - Kartierung Tempelhofer Park.....	43
Anhang D - Hausordnung des Sony Center am Potsdamer Platz.....	44
Anhang E - Fragebogen.....	45
Anhang F - Statistische Auswertungsübersicht der Fragebögen.....	46

Sony Center am Potsdamer Platz (Berlin Mitte)

Öffentlich zugängliche und nutzbare Räume - Raumstruktur, Nutzungsmuster, Kameraüberwachung

-  Gebäude, Eingänge
-  gastronomisch genutzte Flächen
-  Bewegungslinien; Bereiche des "Stehenbleibens"
-  Sitzgelegenheiten, Blickrichtung
-  Überwachungskameras (Blickrichtung / Halbkugel)
-  Grünflächen, Bäume
-  Lüftungsschächte, Säulen
-  Foto (mit Blickrichtung)



1 "Flanieren" zwischen den Fassaden im "Forum"



2 Wasserbecken mit Sitzleiste im "Forum"



3 Halboffene Dachkonstruktion



5 Gastronomisch genutzte Flächen



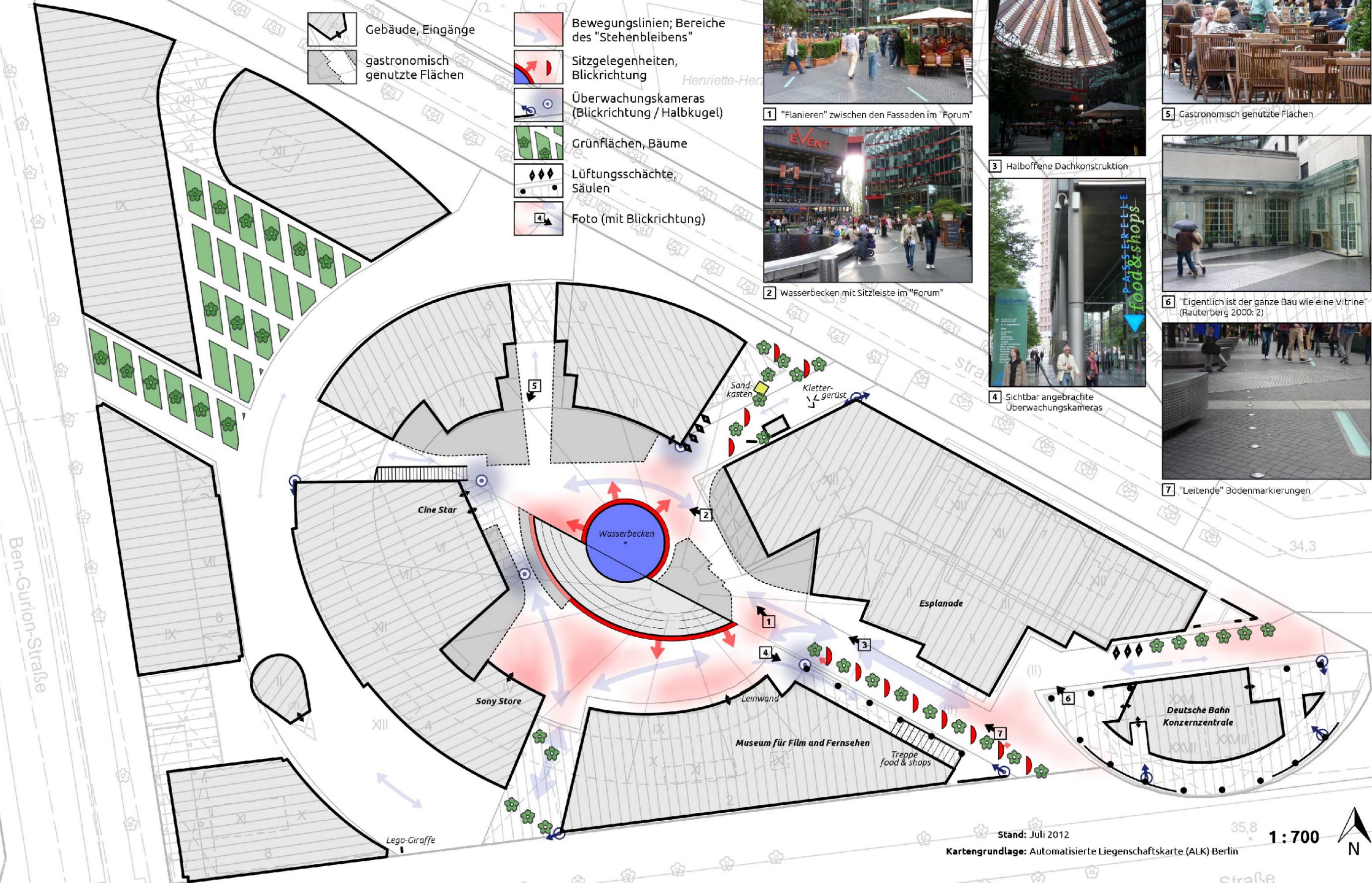
4 Sichtbar angebrachte Überwachungskameras



6 "Eigentlich ist der ganze Bau wie eine Vitrine" (Rauterberg 2000: 2)



7 "Leitende" Bodenmarkierungen



Stand: Juli 2012

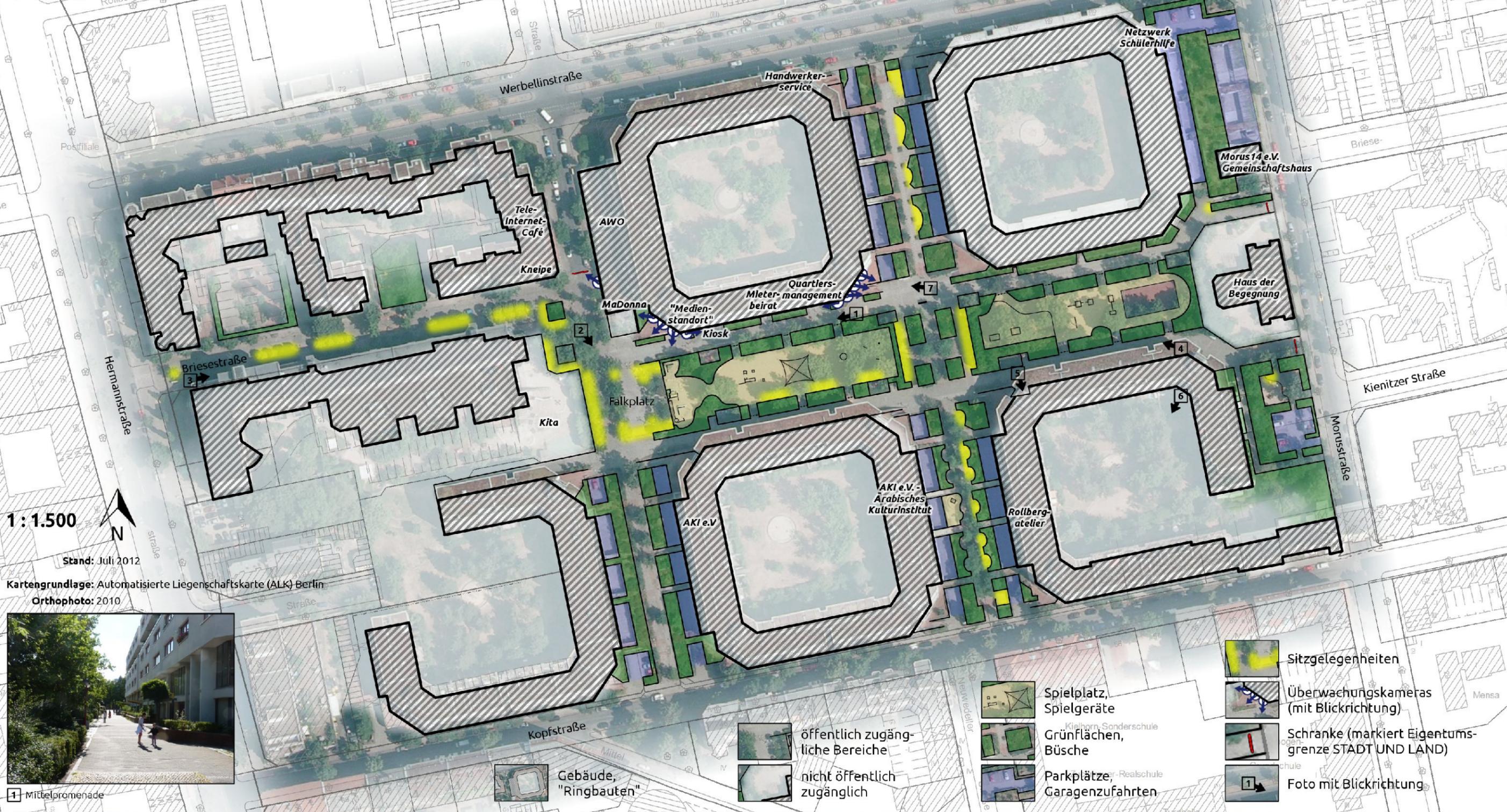
Kartengrundlage: Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) Berlin

1:700



"Ringbauten"-Wohnquartier im Rollbergviertel (Berlin Neukölln)

Öffentlich zugängliche Räume - Raumstruktur, Angebote und Einrichtungen, Kameraüberwachung



1 : 1.500
 Stand: Juli 2012
 Kartengrundlage: Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) Berlin
 Orthophoto: 2010



1 Mittelpromenade



2 Blick in Richtung Falkplatz



3 Briesestraße aus Richtung Hermannstraße



4 Spielplatzanlage



5 Faktische Nutzung trotz Verbot: In der Nachbarschaft bekannte Sperrmüll-"Tauschcke"



6 Innenhöfe, aus Lärmschutzgründen nicht mehr öffentlich zugänglich



7 Überwachungskameras entlang der Mittelpromenade

- Sitzgelegenheiten
- Überwachungskameras (mit Blickrichtung)
- Schranke (markiert Eigentums-grenze STADT UND LAND)
- Foto mit Blickrichtung
- öffentlich zugängliche Bereiche
- Grünflächen, Büsche
- Parkplätze, Garagenzufahrten
- Spielplatz, Spielgeräte
- Gebäude, "Ringbauten"
- nicht öffentlich zugänglich

Tempelhofer Park (Berlin)

Übersichtskarte

Messe- und Veranstaltungsgelände (ehemaliges Flugabfertigungsgelände)



1 Blick über die Südbahn



2 Die Struktur und Anlagen des ehemaligen Flughafens prägen das Raumbild



3 Zentrale Vogelschutzwiese

Kartengrundlage: K5 ("Karte von Berlin 1 : 5.000")
Orthophoto: 2010

Stand: Juli 2012

1 : 7.500



4 Bäume bieten Rückzugsmöglichkeiten und Schatten



5 "Pionierfläche" des Gemeinschaftsgartens "Almende Kontor"



6 Fahrzeug des Sicherheitsdienstes auf "Streife" auf den Hauptwegen

Vogelschutzbereich (begehbar)

Vogelschutzbereich (umzäunt)

Umzäunung

versiegelte Flächen

Wiesen, Bäume

Eingänge, Haupteingang (mit Info und Toiletten)

Pionierflächen

Foto (mit Blickrichtung)



Anhang D - Hausordnung des Sony Center am Potsdamer Platz

Sehr geehrter Besucher,

wir heißen Sie herzlich willkommen im Sony Center am Potsdamer Platz.

Für Ihr Wohlbefinden und Ihre Sicherheit bitten wir um die Einhaltung der folgenden Regeln im gesamten Bereich des Sony Center am Potsdamer Platz.

1. Feilbieten von Waren, Straßenmalereien, Musizieren oder andere Auftritte sowie Vorführungen aller Art sind ohne schriftliche Genehmigung durch das Center Management nicht erlaubt.
2. Betteln und Hausieren sind nicht gestattet.
3. Für das Verteilen von Werbematerial, das Anbringen von Plakaten, Kundenbefragungen, das Sammeln von Spenden, die Durchführung von Demonstrationen und politischen Aktionen aller Art etc. benötigen Sie eine schriftliche Genehmigung durch das Center Management.
4. Alle gewerblichen Foto-, Ton- und Filmaufnahmen bedürfen einer schriftlichen Genehmigung durch das Center Management.
5. Der Gebrauch und das Abstellen von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern jeglicher Art sind im Forum untersagt. Fahrradständer stehen an den Eingängen des Sony Center zu Verfügung. Rollschuh- oder Skateboardfahren sind aus Sicherheitsgründen ebenfalls im Sony Center am Potsdamer Platz nicht gestattet.
6. Hunde sind an der Leine zu führen. Verunreinigungen müssen vom Hundebesitzer beseitigt werden.
7. Das Füttern von Tauben ist untersagt.
8. Es ist dafür zu sorgen, daß Luft- und Heliumballons nicht ans Forumdach fliegen.
9. Das Zünden von Feuerwerkskörpern, Raketen u.ä. ist untersagt.
10. Das Sitzen ist nur auf den dafür bereitgestellten Bänken, nicht jedoch auf den Treppen erlaubt. Das Betreten der Grünanlagen ist untersagt.
11. Mutwillige Verschmutzungen, Beschädigungen oder die mißbräuchliche Nutzung von Einrichtungen auch in Gemeinschaftsräumen wie Toiletten werden mit Center-Verbot sowie Schadensersatzforderungen geahndet.
12. Der Genuss von alkoholischen Getränken außerhalb der gastronomischen Einrichtungen ist untersagt.
13. Den Anordnungen des Center Management und seines Sicherheitspersonals ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen können als Hausfriedensbruch strafrechtlich verfolgt werden.
14. Durch das Verhalten unserer Besucher dürfen Dritte weder behindert noch belästigt oder gefährdet werden. Zuwiderhandlungen können als Hausfriedensbruch geahndet werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Mithilfe und Unterstützung.

Sony Center Property Management

Anhang E - Fragebogen

Im Rahmen meiner Abschlussarbeit an der Freien Universität Berlin untersuche ich verschiedene Orte im öffentlichen Raum und die Wahrnehmungen der Menschen an diesen Orten, unter anderem mit diesem Fragebogen. Natürlich müssen Sie die Fragen nicht beantworten, wenn Sie nicht möchten oder können. Um die Anonymität ihrer Antworten zu garantieren, wird der Fragebogen nach dem Ausfüllen in einen Karton mit vielen weiteren Bögen gesteckt.



Vielen Dank für Ihre Hilfe!

1. Wie oft halten Sie sich an diesem Ort auf?

- jeden Tag wöchentlich selten nur heute

2. Welche dieser Begriffe (es können auch mehrere sein) beschreiben am Besten, wie Sie diesen Ort wahrnehmen?

- laut entspannt unsicher heimisch
 hektisch sicher ruhig schmutzig
 frei fremd sauber überwacht

3. Würden Sie sagen, diese Aussagen stimmen jeweils eher zu oder eher nicht zu?

	Trifft... zu	...zum Teil zu	...nicht zu
Die Gestaltung dieses Ortes ist ansprechend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich fühle mich an diesem Ort anonym und unerkant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diesen Ort können alle Menschen nutzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich kann mich an diesem Ort verhalten wie ich möchte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Dieser Ort ist ein öffentlicher Raum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mir ist hier häufig Polizei/Sicherheitspersonal aufgefallen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich befürworte hier Präsenz von Polizei/Sicherheitspersonal	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mir sind bereits Personen aufgefallen, die mich stören	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Störende Personen sollten von hier vertrieben werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Welche Personen oder Gruppen stören Sie an diesem Ort oder würden Sie an diesem Ort stören?

5. Ist Ihnen bewusst, dass dieser Ort kameraüberwacht wird? ja nein

6. Zuletzt wäre es sehr hilfreich, wenn Sie diese Angaben zu ihrer Person angeben könnten (anonym!):

Alter: 0 – 17 18 – 29 30 – 44 45 – 60 > 60

Geschlecht: m w _____

Ich würde mich dieser Einkommensgruppe zuordnen (monatlich; z.B. auch unter Berücksichtigung des Einkommens von Ehegatten):

- 0 – 900 € 900 – 2.000 € 2.000 – 8.000 € > 8.000 €

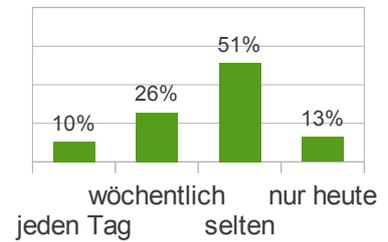
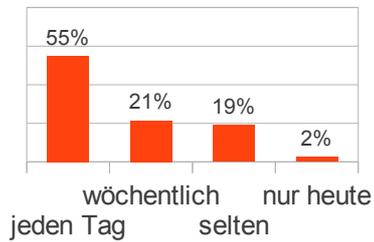
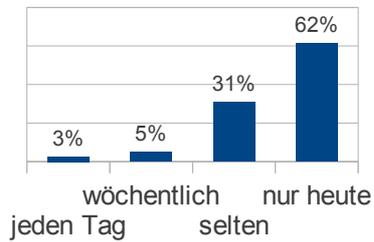
Anhang F - Statistische Auswertungsübersicht der Fragebögen

Sony Center: N = 39

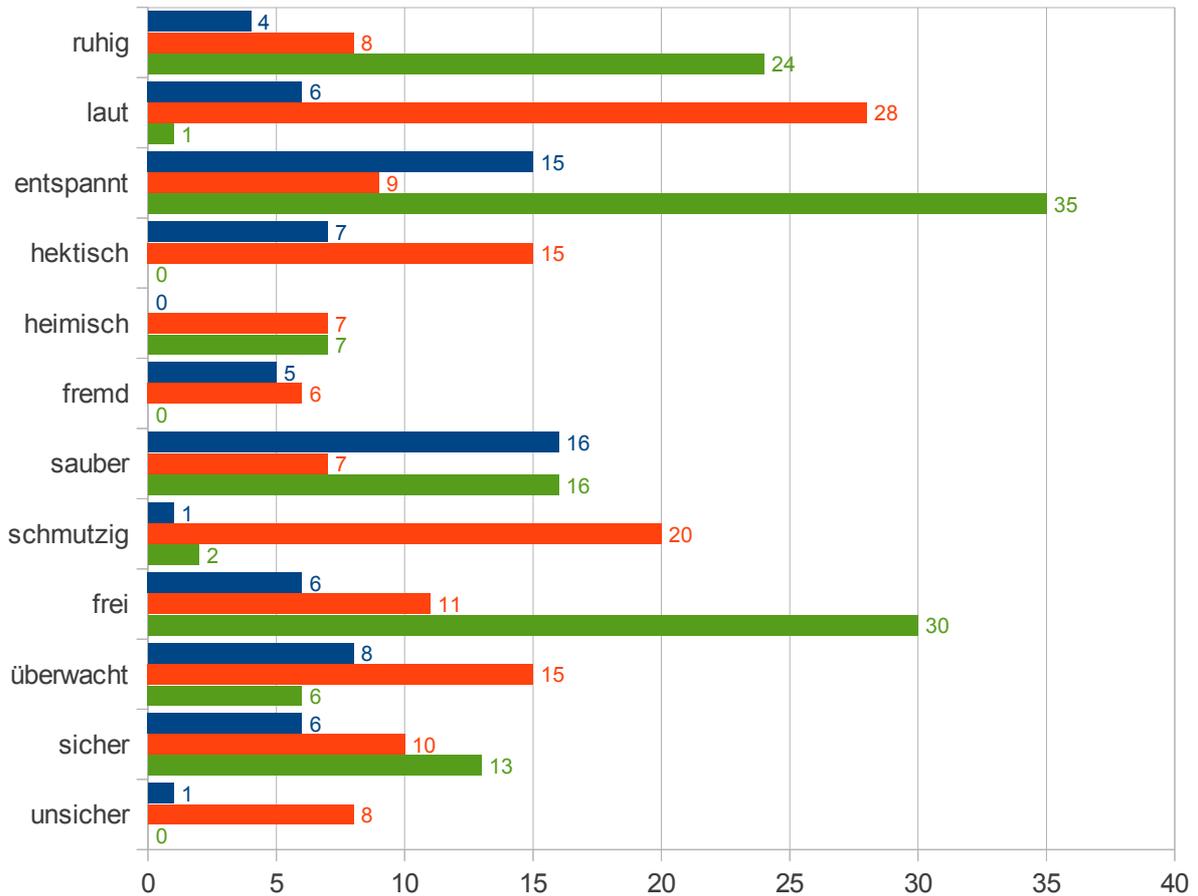
Rollbergquartier: N = 42

Tempelhofer Park: N = 39

Wie oft halten Sie sich an diesem Ort auf?



Welche dieser Begriffe (es können auch mehrere sein) beschreiben am Besten, wie Sie diesen Ort wahrnehmen?

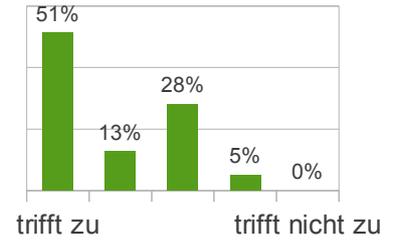
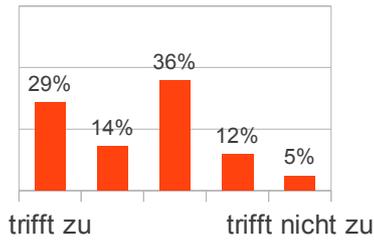
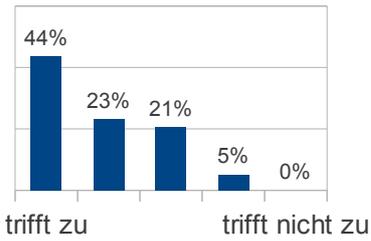


Sony Center: N = 39

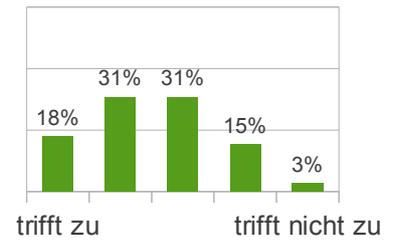
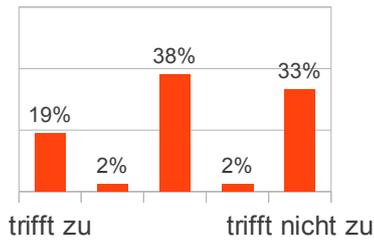
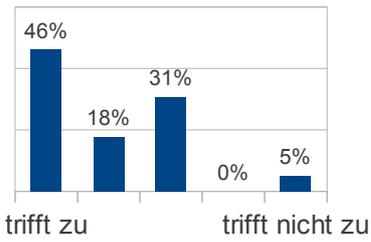
Rollbergquartier: N = 42

Tempelhofer Park: N = 39

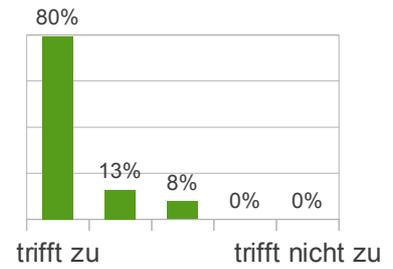
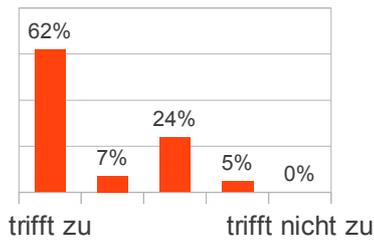
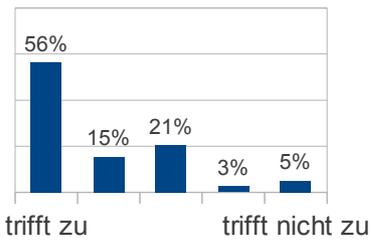
Die Gestaltung dieses Ortes ist ansprechend.



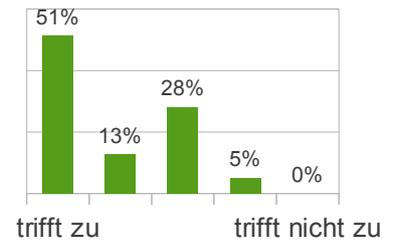
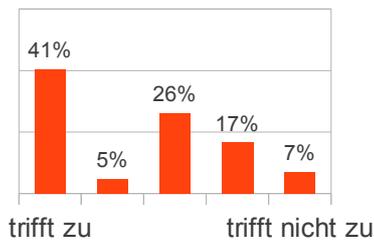
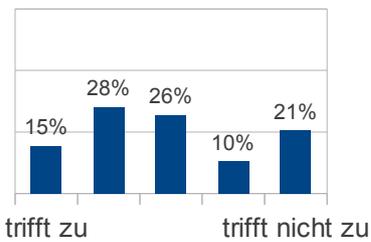
Ich fühle mich an diesem Ort anonym und unerkant.



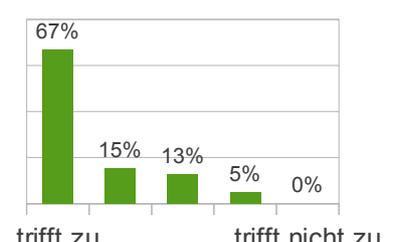
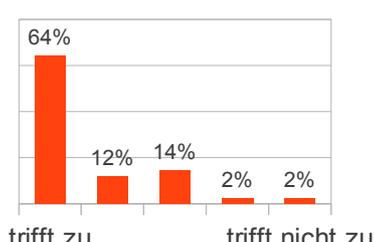
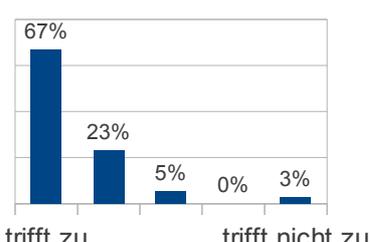
Diesen Ort können alle Menschen nutzen.



Ich kann mich an diesem Ort verhalten wie ich möchte.



Dieser Ort ist ein öffentlicher Raum.

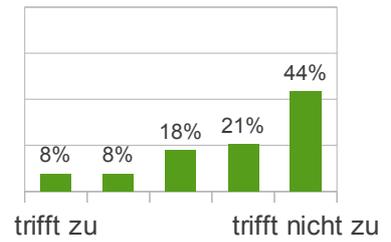
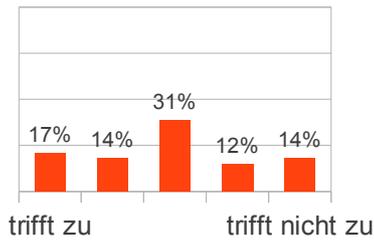
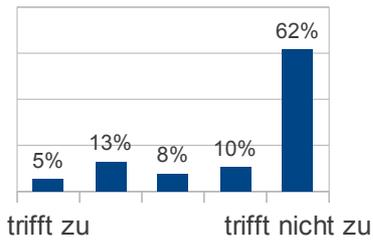


Sony Center: N = 39

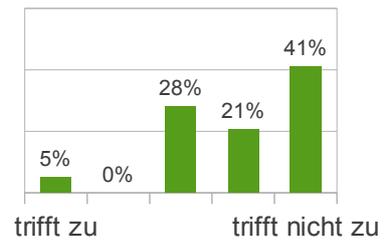
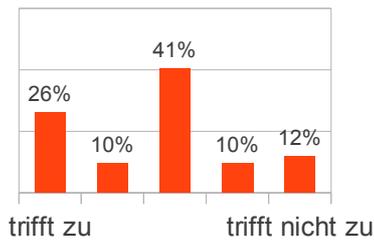
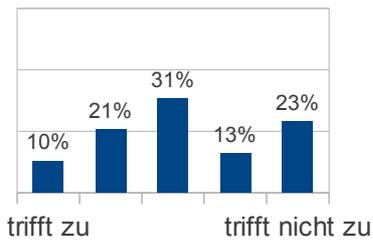
Rollbergquartier: N = 42

Tempelhofer Park: N = 39

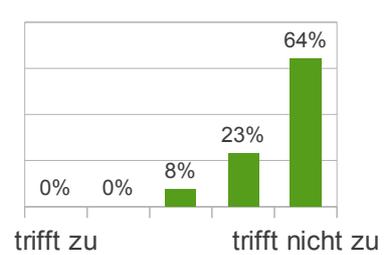
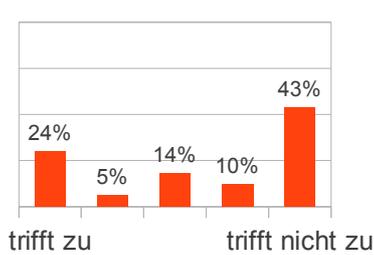
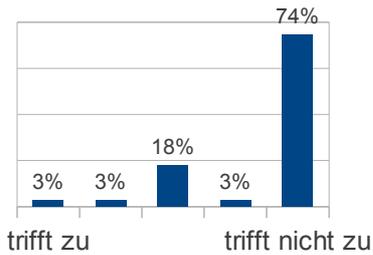
Mir ist hier häufig Polizei / Sicherheitspersonal aufgefallen.



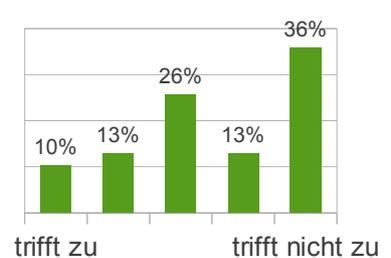
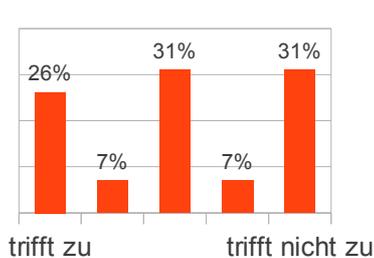
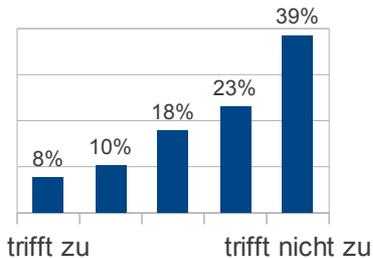
Ich befürworte hier Präsenz von Polizei / Sicherheitspersonal.



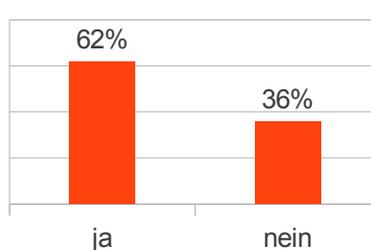
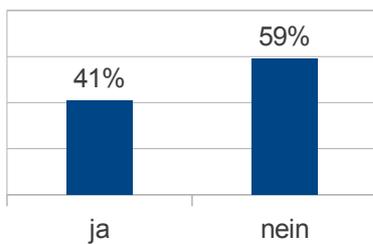
Mir sind bereits Personen aufgefallen, die mich stören.



Störende Personen sollten von hier vertrieben werden.



Ist Ihnen bewusst, dass dieser Ort kameraüberwacht wird?



Im Tempelhofer Park findet keine Kameraüberwachung statt.

Welche Personen/Gruppen stören Sie an diesem Ort oder würden Sie an diesem Ort stören?

„Nazis“ (2x), „Rechtsradikale“ (2x)

„sehr laute Personen“, „zu laute Personen“, „laute Menschen“, „Schreihäse“

„Betrunkene“ (2x), „Punks“, „Bettler“, „organisierte Bettler“, „Penner, Obdachlose“, „Obdachlose“, „Pöbler“, „Fußballfans“, „Hooligans“, „Randalierer“ (2x), „gewaltbereite Menschen“, „auffallend verhaltene Menschen (extreme)“

„Diebe“

„Leute mit Fragebögen :)“, „Große Gruppen oder einzelne Personen, die nicht auf andere achten“, „Jeder Mensch ist gleich und sollte auch so behandelt und respektiert werden.“, „Demonstranten“, „Demonos von Islamisten bzw. Türken“

Nazis (2x)

„Die lärmten und viel Schmutz hinterlassen“, „zu viele Kinder die zu laut sind“, „die Kinder :)“

„Araber“, „jugendliche südländische Jungen“, „halbstarke Türken/Araber“, „freche Leute“, „pöbelnde Leute“, „Leute, die andere anstressen“, „Kinder, die Randalie machen (schlagen usw.)“, „gewaltsame Halbstarke“, „alle Gewaltbereiten“

„Manche Nachbarn“, „Die Familie Abou Chaker“ [in der Umgebung wohnhafte libanesisch-kurdische Großfamilie], „Marketingorganisationen“, „Promoter“, „Chichi, Schakal, Rudi, Chachele, Hexe“ [Spitznamen von Kindern für Anwohnende]

„Neonazis“ (2x), „Rechtsradikale“

„zu laute Gruppen“, „sehr laute Feiern“, „Open Air Tekkno“

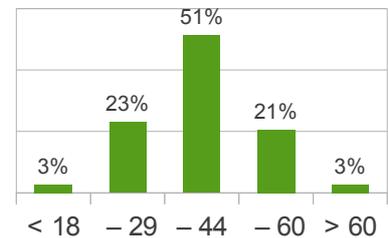
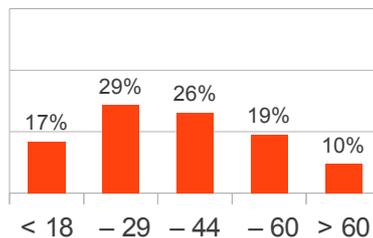
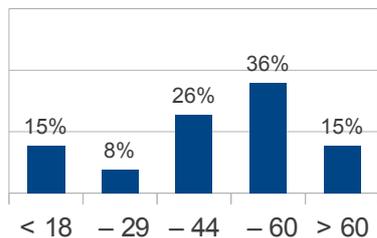
„alkoholisierte Menschen“, „Laute, Pöbelnde, Betrunkene usw.“, „Randalierer“, „Ansammlung radikaler Gruppen“

„Polizei“ (7x), „Sicherheitsdienst“, „zu viel Security“, „Ordnungsamt“

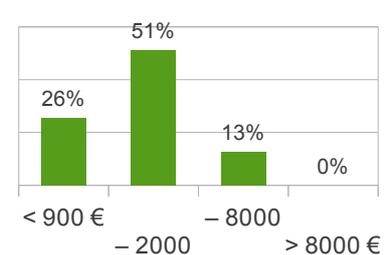
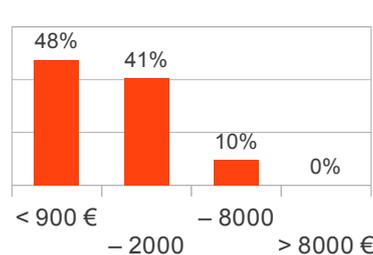
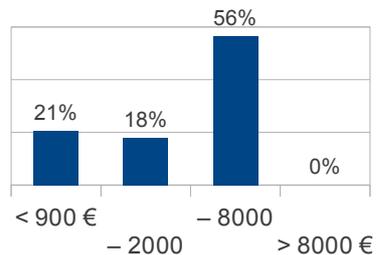
„Kriminelle“

„Leute, die die Umwelt verschmutzen und den Müll liegen lassen“, „Personen, die Müll hinterlassen“, „Personen, die zerstören, aggressiv sind“, „Menschen, die den Ort mutwillig zerstören“, „Leute, die Dinge zerstören“, „die bspw. Kunstprojekte zerstören“, „freilaufende Hunde :)“

> Altersstruktur der Befragten



> Einkommensgruppen



> Geschlechterverteilung

	Sony Center	Rollbergquartier	Tempelhofer Park	Gesamt
Männer	44 %	45 %	56 %	48,3 %
Frauen	56 %	50 %	44 %	50,0 %
Freie Angabe	0 %	0 %	0 %	0,0 %
Keine Angabe	0 %	5 %	0 %	1,7 %

VI Literaturverzeichnis

- ALEXANDER, C.; ISHIKAWA, S.; SILVERSTEIN, M. (1995): Eine Muster-Sprache. Städte, Gebäude, Konstruktionen. Wien. 1272 S.
- ARENDT, H. (1981): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München. 375 S.
- ATTESLANDER, P. (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin. 359 S.
- BACH, U. (2009): Rollbergviertel: Vom Arbeiterquartier zum modernen Wohnviertel. In: GÖSSWALD, U. & SCHMIEDEKNECHT, K. (Hrsg.): Wie zusammen Leben – Perspektiven aus Nord-Neukölln. Berlin. S. 102–107.
- BAUMAN, Z. (1997): Die Armen: Unnützlich, unerwünscht, im Stich gelassen. In: Widersprüche Heft 66. S. 115–127.
- BAUMANN, M. (1999): Religion und umstrittener öffentlicher Raum. Gesellschaftspolitische Konflikte um religiöse Symbole und Stätten im gegenwärtigen Europa. In: Zeitschrift für Religionswissenschaft Nr. 7. S. 187–204.
- BELINA, B. (2010): Sicherheit durch Technik? Zur Videoüberwachung öffentlicher Räume. In: HATZELHOFFER, L. u.a. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung. Berlin. S. 115–127.
- BEYELER, S. & SUTER REICH, V. (2009): Sichtbarkeit von Inkorporationsbedingungen. Ein Vergleich muslimischer Bauvorhaben in der Schweiz. In: Tsantsa – Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft (SEG) Nr. 14. Zürich. S. 141–146 .
- BMJ = BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (2010): Betreuungsverfahren. Zusammenstellung der Bundesergebnisse für die Jahre 1992 bis 2009. http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Betreuungsgesetz_Verfahren.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 12.07.2012.
- BREUER, B. (2003): Öffentlicher Raum – ein multidimensionales Thema. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2 2003. S. 5–13.
- BURANO-GRUPPE (2005): BURANO – Eine Stadtbeobachtungsmethode zur Beurteilung der Lebensqualität. In: RIEGE, M. & SCHUBERT, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden. S. 97–112.
- BVERFG = BUNDESVERFASSUNGSGERICHT (2011): Urteil 1 BvR 699/06 vom 22.02.2011, Absatz-Nr. 1 - 128, http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20110222_1bvr069906.html, abgerufen am 08.07.2012.
- DAVID, B. (2011): Feste, Märkte und Proteste. Die (Rück-)Eroberung des öffentlichen Raums in München durch organisierte Ereignisse. In: WIEGANDT, C. (Hrsg.): Öffentliche Räume – öffentliche Träume. Zur Kontroverse über die Stadt und die Gesellschaft. Berlin. S. 13–28.
- DEPPE, R. (2012): Der Flughafen ist nicht das Wohnzimmer der Fraport. In: Grundrechte-Report 2012. Frankfurt am Main. S. 88–92.
- FELDTKELLER, A. (2005): Bauen für das Zusammenleben von Fremden. In: RIEGE, M. & SCHUBERT, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden. S. 115–129.
- FEM = FORUM EVENT MANAGEMENT GMBH (2012): Sony Center am Potsdamer Platz – Pressemappe. http://www.sonycenter.de/sites/default/files/pressemappe/Pressemappe_Sony_Center_0710_1.pdf, abgerufen am 08.07.2012.
- FOUCAULT, M. (1992): Andere Räume. In: BARCK, K. u.a. (Hrsg.): Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik. Leipzig. S. 34–46.
- FÜCHSEL, K. (2003): Verbotene Stadt. In: Der Tagesspiegel 27.04.2003.

- <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/verbotene-stadt/409496.html>, abgerufen am 15.07.2012.
- GIRTLE, R. (2001): Methoden der Feldforschung. Wien. 198 S.
- GLASZE, G. (2001): Privatisierung öffentlicher Räume? Einkaufszentren, Business Improvement Districts und geschlossene Wohnkomplexe. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 75 2/3. S. 160–177.
- GOEBEL, J.; GORNIG, M.; HÄUSSERMANN, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24/2010. 8 S.
- GOFFMAN, E. (2005): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München. 251 S.
- GÜNGÖR, D. & ZIMMERMANN, F. (2003): Selten idyllisch. Das Rollberg-Viertel: libanesische Großfamilien, eine Möchtegern-Gang und ein bisschen Hoffnung. In: Berliner Zeitung 06.05.2003. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/das-rollberg-viertel—libanesische-grossfamilien--eine-moechtegern-gang-und-ein-bisschen-hoffnung-selten-idyllisch,10810590,10084238.html>, abgerufen am 15.07.2012.
- HABERMAS, J. (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main. 391 S.
- HÄUSSERMANN, H.; LÄPPLE, D.; SIEBEL, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main. 403 S.
- HOLM, A. (2006): Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse. Bielefeld. 352 S.
- HOLM, A. (2011): Das Recht auf die Stadt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2011. S. 89–97.
- KAZIG, R.; FRANK, J.; REITER, T. (2011): Die alltägliche Wahrnehmung von Videoüberwachung. Konstruktionen und Handlungsrelevanz eines Kontrollinstruments öffentlicher Räume. In: WIEGANDT, C. (Hrsg.): Öffentliche Räume – öffentliche Träume. Zur Kontroverse über die Stadt und die Gesellschaft. Berlin. S. 61–72.
- KLAMT, M. (2007): Verortete Normen. Öffentliche Räume, Normen, Kontrolle und Verhalten. Wiesbaden. 297 S.
- KLAMT, M. (2012): Öffentliche Räume. In: ECKARDT, F. (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden. S. 775–804.
- KOHN, M. (2004): Brave New Neighborhoods. The Privatization of Public Space. New York. 232 S.
- KÖRNER, T. (2011): „...Rumlungern, Alkohol und ... und ... und ...“. Sicherheits- und Ausschlussstrategien in der Münchner Innenstadt. In: WIEGANDT, C. (Hrsg.): Öffentliche Räume – öffentliche Träume. Zur Kontroverse über die Stadt und die Gesellschaft. Berlin. S. 47–59.
- LEGNARO, A. (1998): Die Stadt, der Müll und das Fremde – plurale Sicherheit, die Politik des Urbanen und die Steuerung der Subjekte. In: Kriminologisches Journal, 30 (4). S. 262–283.
- LÖW, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main. 307 S.
- LUTZ, T. & THANE, K. (2002): Alles Risiko – oder was? Sicherheitsdiskurse zwischen Rationalität und Moral. In: Widersprüche Heft 86. S. 9–20.
- MAYRING, P. (2002): Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim. 170 S.
- MICHELERS, D. (2011): Familienbande. ARD radiofeature, September 2011. Radio Bremen. Sendemanuskript: web.ard.de/media/pdf/radio/radiofeature/familienbande_sendemanuskript.pdf, abgerufen am 23.07.2012.
- MITCHELL, D. (2003): The Right to the City. Social Justice and the Fight for Public Space. New York. 270 S.
- OLKUS, H. (2001): Privater Wachschutz: Kameras, Cops und Rauchverbot. In: Der Tagesspiegel, 09.06.2001. <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/privater-wachschutz-kameras-cops-und->

rauchverbot/ 232922.html, abgerufen am 08.07.2012

- PERNACK, R. (2005): Öffentlicher Raum und Verkehr. Eine sozialtheoretische Annäherung. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Discussion Paper SP III 2005-104. 46 S.
- POPP, M. (2011): Die Privatisierung von Konsumräumen und die Gefährdung des öffentlichen Raums. Ein Vergleich von Einkaufszentren und Fußgängerzonen. In: WIEGANDT, C. (Hrsg.): Öffentliche Räume – öffentliche Träume. Zur Kontroverse über die Stadt und die Gesellschaft. Berlin. S. 105–120.
- QMR = QUARTIERSMANAGEMENT ROLLBERG (2010): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2010 (mit Jahresbilanz 2009). Berlin. 40 S. http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Handlungskonzept_2010/Rollberg.IHEK_2010.pdf, abgerufen am 14.07.2012.
- QMR = QUARTIERSMANAGEMENT ROLLBERG (2011): Strategisches Handlungskonzept Rollbergsiedlung – Fortschreibung 2011. Berlin. 40 S. http://www.rollberg-quartier.de/images/stories/quartiersmanagement/IHK_2011_Rollberg.pdf, abgerufen am 14.07.2012.
- QMR = QUARTIERSMANAGEMENT ROLLBERG (2012): <http://www.rollberg-quartier.de>. Quartiersmanagement im Rollberg. Berlin.
- RAUTERBERG, H. (2000): Der Kampf um die Lufthoheit. Helmut Jahns Berliner Sony-Center ist das dreidimensionale Belegstück eines Techno-Futurismus, der fest an die Machbarkeit der Welt glaubt. In: Zeit Online, 21.06.2000. http://www.zeit.de/2000/26/200026.sonycenter_.xml, abgerufen am 08.07.2012.
- RHEINBERG, F. & MANIG, Y. (2003): Was macht Spaß am Graffiti-Sprayen? Eine induktive Anreizanalyse. In: Report Psychologie 4. S. 222–234.
- RONNEBERGER, K.; LANZ, S.; JAHN, W. (1999): Die Stadt als Beute. Bonn. 240 S.
- SCHNELL, R.; HILL, P.; ESSER, E. (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. München. 589 S.
- SCHUBERT, H. (2000): Städtischer Raum und Verhalten. Zu einer integrierten Theorie des öffentlichen Raumes. Opladen. 128 S.
- SCHUBERT, H. (2005): Menschliche Siedlungen als Symbolräume. In: RIEGE, M. & SCHUBERT, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden. S. 175–190.
- VON SEGGERN, H. & TESSIN, W. (2005): Einen Ort begreifen: Der Ernst-August-Platz in Hannover. Beobachtungen – Experimente – Gespräche – Fotos. In: RIEGE, M. & SCHUBERT, H. (Hrsg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Wiesbaden. S. 283–298.
- SELLE, K. (1996a): Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung. In: Ders. (1996b): S. 61–78.
- SELLE, K. (Hrsg., 1996b): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden. 505 S.
- SELLE, K. (1996c): Klärungsbedarf. Sechs Fragen zur Kommunikation in Planungsprozessen – insbesondere zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In: Ders. (1996b): S. 161–180.
- SFSU = SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN
(2012a): FIS-Broker - Geodatenkatalog. <http://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsp>, abgerufen am 14.07.2012.
(2012b): Tempelhofer Freiheit. Die Entwicklung der Parklandschaft.
http://www.tempelhoferfreiheit.de/fileadmin/user_upload/Ueber_die_Tempelhofer_Freiheit/

- Planung/Planungsstand/THF_Entwicklung_der_Parklandschaft_2012.pdf, abgerufen am 12.07.2012.
- (2012c): Mietspiegeltabelle 2011. <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/de/download/Mietspiegeltabelle2011.pdf>, abgerufen am 20.07.2012.
- (2012d): Tempelhofer Freiheit: Planungsgeschichte. <http://www.tempelhoferfreiheit.de/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/planungsgeschichte/>, abgerufen am 24.07.2012.
- (2012e): Flächennutzungsplan Berlin. Aktuelle Arbeitskarte Stand 2012. <http://fbinter.stadt-berlin.de/fnp/index.jsp?Szenario=fnpak>, abgerufen am 15.07.2012.
- (2012f): Zwischen- und Pioniernutzer der Tempelhofer Freiheit. http://www.tempelhoferfreiheit.de/fileadmin/user_upload/Mitgestalten/Pioniere_der_Tempelhofe_Freiheit_Broschuere_Stand_Dezember_2010.pdf, abgerufen am 24.07.2012. 10 S.
- (2012g): Pressemitteilung: Müller prüft neuen Schwerpunkt für die IGA. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1207/nachricht4708.html, abgerufen am 24.07.2012.
- (2012h): Pressemitteilung: Benutzungsordnung - Tempelhofer Park. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1004/nachricht3851.html, abgerufen am 24.07.2012.
- SIEBEL, W. & WEHRHEIM, J. (2003): Projektion von Angst. 12 Thesen zum Zusammenhang von Unsicherheiten im öffentlichen Raum und deren Einflussfaktoren. In: Die alte Stadt, Heft 3. S. 244–246.
- SPRINGER, S. (2011): Public Space as Emancipation: Meditations on Anarchism, Radical Democracy, Neoliberalism and Violence. In: Antipode Vol. 43. S. 525–562.
- SQUAT TEMPELHOF (2009): Öffentliche Massenbesetzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof am 20.06.2009. <http://tempelhof.blogspot.de/images/squattempelhof.pdf>, abgerufen am 24.07.2012.
- STACHEL, P. (2007): Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum. In: JAWORSKI, R. & STACHEL, P. (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich. Berlin. 465 S.
- ITF = INITIATIVE 100% TEMPELHOFER FELD (2012): Homepage. <http://thf100.de/>, abgerufen am 24.07.2012.
- VALENTINE, G. (2001): Social Geographies. Space & Society. Harlow. 400 S.
- WEHRHEIM, J. (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen. 238 S.
- WIEGANDT, C. (Hrsg., 2011): Öffentliche Räume – öffentliche Träume. Zur Kontroverse über die Stadt und ihre Gesellschaft. Berlin. 120 S.

Nr. 1 Neupert, Paul (2010): Geographie der Obdachlosigkeit. Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen Raums in Berlin

Nr.2 Michaels, Elias (2011): Raumbilder im Diskurs. Die mediale Berichterstattung über Pakistan nach der Flutkatastrophe im Juli/ August 2010

Nr.3 Voigt, Carolin (2012): Jugendräume im Wandel. Lebenswelten und Lebensbewältigung von Jugendlichen im Wrangelkiez

Nr. 4 Seidel, Alexander (2012): Demokratische Funktionalität öffentlicher Räume. Auswirkungen von Raumproduktion, Normierung und Exklusion auf das „demokratische Potential“ öffentlicher Räume an ausgewählten Beispielen in Berlin